200
170
140
DIN 19 051
125
100
120

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Ein sozialistisches Programm zur Beseitigung der Wirtschaftskrise.

-9096)Pf.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Ein sozialistisches Programm zur Beseitigung der Wirtschaftskrise.

Herausgegeben vom
Internationalen Sozialistischen Kampf-Bund.

IVA.
Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.
Berlin 1932.

Eigentum der Gewerkschaft
Nahrung — Genuß — Gaststätten

Archiv der sozialen Demokratie
Bonn
Bibliothek

A 01-9096

INHALTSÜBERSICHT.

	SEITE
Der Krisen-Kongreß des ADGB.	5
Arbeit!	7
Warum Wirtschaftskrisen?	8
Die Ursachen der deutschen Krise.	10
Wie wurden frühere Krisen überwunden?	15
Wie kann diese Krise überwunden werden?	16
Die Wunde im Westen: die deutsche Schwerindustrie	19
Ankurbelung der Bauwirtschaft	24
Die Wunde im Osten: das deutsche Großgrundeigentum.	27
Siedlung.	33
Die Finanzierung.	37

Verfasser des ersten Abschnitts ist Willi Eichler (Berlin).

Verfasser der übrigen Abschnitte: Hellmut Rauschenplat (Berlin).

Der Krisenkongreß des ADGB.

Politik in den Gewerkschaften?

Mit der vorliegenden Broschüre übergibt der Internationale Sozialistische Kampf Bund (ISK) der klassenbewußten Arbeiteröffentlichkeit ein sozialistisches Programm zur Beschaffung von Arbeit und darüber hinaus zur Behebung der Wirtschaftskrise. Dieses Programm geben wir gerade jetzt heraus, um dem in einigen Tagen beginnenden Krisen-Kongreß des ADGB Gelegenheit zu geben, unsere Vorschläge in seinen Beratungen mit zu erörtern.

*

Ein so weitgehendes Programm, wie es aus den folgenden Darlegungen Hellmut Rauschenbachs hervorgeht, enthält im Grunde ein Vorhaben, das über die Ziele rein gewerkschaftlicher Tätigkeit offenbar hinausgeht, wie ja auch die schon bekannt gewordenen verschiedenen Vorschläge einzelner Gewerkschaftsführer rein gewerkschaftliche Ziele überschreiten. Es ist denn auch von manchen Seiten ein Bedenken gegen die so weitgehende Einmischung der Gewerkschaften in die Oeffentlichkeit, und vor allem gegen das Zurückdrängen der politischen Arbeiterparteien erhoben worden. Für sich gesehen, halten wir diese Bedenken nicht für unberechtigt; denn wo die Gewerkschaften sich überhaupt in die Fragen der großen Politik einmischen, besteht - abgesehen davon, daß ihre Organisation nicht auf die Ergreifung der politischen Macht eingerichtet ist — die Gefahr, daß die in Fragen der großen Politik viel leichter drohende Zersplitterung in völlig verschiedene Meinungen auch die Gewerkschaften selber zersplittert. Wenn sie sich also in so programmatischer Weise für die Umgestaltung der Wirtschaft einsetzen sollen — denn nur eine solche kann letzten Endes die Krise lösen —, so muß man sich klar sein, daß dies eine Sonderaufgabe ist. Sie kann und muß deshalb, *nur* deshalb heute den Gewerkschaften erlaubt und sogar geboten sein, weil die heutigen in Frage kommenden politischen Vertretungen der Arbeiterschaft diese Aufgabe vernachlässigen. Das tun sie in der Hauptsache deshalb, weil die SPD in hoffnungslosem Zurückweichen vor der nicht ohne ihre Schuld ständig erstarkenden Reaktion sich völlig auf die Verteidigung und noch dazu auf eine sehr lahme Verteidigung beschränkt, und weil die KPD einem ebenso unfruchtbaren, eingebildeten Revolutionarismus verfallen ist, der die Möglichkeit und Notwendigkeit der Erreichung von Einzelzielen auf dem Wege zum Sozialismus übersieht.

Die Arbeiterschaft kann nicht darauf warten, daß bei den Führern dieser Parteien die Einsicht einkehrt, und daß sie wenigstens für die einfachen Aufgaben der Arbeiterschaft gemeinsame Aktionen veranstalten. Die freien Gewerkschaften vereinigen vorläufig noch alle Richtungen der klassenbewußten Arbeiterschaft; sie bilden also zunächst schon rein organisatorisch die Einheitsfront, die von KP und SP heute nicht hergestellt werden wird. Die Ge-

werkschaften brauchen also nur über ihren gewohnten Aufgabenkreis hinaus sich zu entschließen, eine tiefergehende Aktion im Interesse der Arbeiterschaft einzuleiten. Sie haben das mit der Einberufung des Krisen-Kongresses getan.

*

Der ISK begrüßt in diesem Kongreß den Versuch, über die Köpfe politischer Meinungs-verschiedenheiten hinweg eine gemeinsame Aktion der Arbeiterschaft einzuleiten, einen Versucht, der hoffentlich dazu beitragen wird, dem Ziel der sozialistischen Einheitsfront näherzukommen. **Wir hoffen, daß der Kongreß für die politischen Parteien der Arbeiterschaft ein Anlaß, vielleicht sogar eine Nötigung sein wird, nicht in unfruchtbarer parteiegoistischer Selbstbespiegelung fortzuwursteln, sondern sich in die gemeinsame Aktionsfront ohne geschäftliche Nebenabsichten einzureihen.** Nur so kann aus der bisher nur formal bestehenden sogenannten Eisernen Front eine wirklich widerstandsfähige Arbeiterfront werden.

Willi Eichler.

Arbeit!

7 Millionen Erwerbsfähige rufen in Deutschland nach Arbeit.

Krisenzeiten sind noch stets Zeiten der Hochkonjunktur für Planemacher gewesen. Hunderte von Plänen versprechen die Ueberwindung der Krise, versprechen Arbeit. Welcher Plan ist richtig? Wem sollen wir trauen?

Zunächst: Jeder soll sich selber zutrauen, die Ursachen der Krise zu erkennen und aus dieser Erkenntnis Sicherheit darüber zu gewinnen, in welcher *Richtung* die Wirtschaftspolitik gehen muß, wenn die Krise überwunden werden soll. Eine Hilfe für das eigene Studium des Krisenproblems bieten die drei Abschnitte:

Warum Wirtschaftskrise?

Die Ursachen der deutschen Krise.

Wie wurden frühere Krisen überwunden?

Wer so weit in das Problem eingedrungen ist, der wird leicht verstehen, warum wir zur Ueberwindung der Krise in den folgenden Abschnitten zwei Forderungen in den Vordergrund stellen:

1. **Radikale Senkung der Kartellpreise.** Dabei wollen wir Bankerotte und als deren Folge Arbeiterentlassungen in Kauf nehmen und die hier liegenden Gefahren durch einen Gegenstoß überwinden: **Ankurbelung der Bauwirtschaft.**

2. **Senkung der Getreidepreise.** Dabei wollen wir Bankerotte von Großgrundeigentümern gern in Kauf nehmen. Als Gegenstoß fordern wir: **Siedlung.**

Beide Maßnahmen zusammen mit den Gegenstößen vermehren die Kaufkraft der Massen.

Nur durch Vermehrung der Kaufkraft der Massen kann die Krise überwunden werden. Das lehren Krisentheorie und Krisengeschichte. Es gilt, danach zu handeln.

Warum Wirtschaftskrisen?

Das Problem.

Wirtschaftskrisen haben seit etwa anderthalb Jahrhunderten in fast regelmäßigen Abständen von 8 bis 10 Jahren die Wirtschaft der kapitalistischen Länder erschüttert. Diese Wirtschaft ist überhaupt auf Unrecht aufgebaut. Welches ist aber nun die Ursache des besonders unwürdigen und unsinnigen Zustandes, daß von Zeit zu Zeit Menschen vor überfüllten Lagern hungern, daß Menschen arbeitslos sind und Maschinen stillstehen, obwohl diese Menschen das Produkt ihrer Arbeit und jener Maschinen dringend benötigen? Warum folgen, wie vom Schicksal über die Menschen verhängt, Hochkonjunktur und Krise aufeinander?

Die Antwort von Karl Marx.

„Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenzen bilde." („Kapital", Band III, 2. Halbband, Seite 21.)

Die kapitalistische Einkommensverteilung.

Das kapitalistische Monopol an den Produktionsmitteln führt zu einer stark ungleichmäßigen Einkommensverteilung. (Worauf dieses Monopol beruht, wollen wir hier nicht erörtern; *seine Existenz* kann nicht bestritten werden.)

In Deutschland verdienten vor der Krise monatlich:
29 Millionen Erwerbstätige: weniger als 200 Mark,
2½ Millionen: 200 bis 500 Mark,
½ Million: 500 bis 3000 Mark.
30 000: über 3000 Mark.

5000 Personen mit mehr als 200 000 Mark Jahreseinkommen bezogen insgesamt ebensoviel, wie 1½ Millionen Proletarier verdienten.

Dieser Einkommensverteilung entsprach die folgende Vermögensverteilung:
60 Millionen Personen besaßen zusammen 16 Milliarden Mark.
4 Millionen Personen besaßen zusammen 35 Milliarden Mark.
100 000 Personen besaßen zusammen ebenfalls 35 Milliarden Mark.
(Zahlenangaben nach Fried: „Das Ende des Kapitalismus", Seite 50—63.)

Produziert wird, was nachgefragt wird.

Die Kapitalisten und Proletarier fragen auf Grund ihrer Einkommen Waren verschiedener Art nach.

Die Kapitalisten kaufen zum Konsum z. B. Lebensmittel bester Qualität, Luxuskleider, Schmuck, Badereisen, Wohnhäuser, Automobile. Außerdem können sie, ohne sich viele Wünsche zu versagen, Einkommen zurücklegen, „sparen", — um das übliche Wort zu verwenden: Kapital bilden. Dieser Teil ihres Einkommens pflegt nicht nur absolut, sondern auch prozentual um so größer zu sein, je größer das Einkommen ist. Sie legen ihn natürlich nicht in ihren Kassenschrank, sondern kaufen damit z. B. Maschinen, Rohstoffe, Fabrikgebäude und Mietshäuser. Sie kaufen diese Güter entweder unmittelbar, oder mittelbar, indem sie Aktien kaufen, oder sie geben z. B. Darlehen an eine Bank, die sie an einen Industriellen weitergibt, der dafür Maschinen kauft.

Die **Proletarier** können mit ihrem Einkommen nur den notwendigsten Lebensbedarf kaufen, z. B. Lebensmittel, Kleider, Hausrat. Sie können nur

wenig Einkommen zurücklegen. Fast alle werden gezwungen, etwas zu sparen in Form von Sozialversicherungsbeiträgen. Viele sparen außerdem freiwillig. Auch auf Grund dieser Ersparnisse, deren Summe nicht unbeträchtlich ist, werden Häuser und Produktionsanlagen gebaut.

Die beiden Klassen sind in Wirklichkeit nicht scharf geschieden, es gibt zahlreiche Übergänge, obgleich der sogenannte „Mittelstand" in vielen Ländern ökonomisch fast völlig dem Proletariat zuzurechnen ist. Wir können unsere Überlegungen hier vereinfachen, indem wir uns zunächst zwei scharf geschiedene Klassen vorstellen.

Die Angehörigen der beiden Klassen fragen, wie gesagt, verschiedene Produkte nach. Die Produktion richtet sich — von gelegentlichen Abweichungen abgesehen — streng nach der Nachfrage. Mag dabei auch das größte Unrecht in der Verteilung der Einkommen walten, ökonomisch gesehen scheint alles aufs beste bestellt und zur Krise kein Anlaß. **Produziert wird, was nachgefragt wird.** So weit, so gut!

„Zu viel" Konsumgüter!

Nach absehbarer Zeit kann es aber nicht mehr „gut" weiter gehen! Denn Produktionsanlagen werden gebaut, um — wenn sie rentieren sollen — Produkte zu erzeugen, und größere und bessere Produktionsanlagen erzeugen mehr Produkte. Und zwar werden letzten Endes mit Hilfe der vergrößerten Produktionsanlagen, weil dies ihr eigentlicher Zweck ist, mehr Konsumgüter erzeugt. Für diese fehlt es aber an Kaufkraft, denn die Kapitalisten wollen nur eine beschränkte Menge Konsumgüter kaufen und wollen im übrigen Kapital akkumulieren, aus verschiedenen Gründen — jeder einzelne Unternehmer insbesondere, um den Konkurrenten mit der Verbesserung des Produktionsverfahrens stets um eine Nasenlänge voran zu sein. Die Proletarier können die Produkte nicht sämtlich kaufen.

Infolge der starken Ungleichheit der Einkommen hat also eine Produktion von Produktionsgütern stattgefunden, die nicht benötigt werden, um diejenigen Mengen Konsumgüter herzustellen, für die in der Gesellschaft kaufkräftige Nachfrage vorhanden ist. Der Produktionsapparat der Konsumgüter-Industrien ist zu groß; die Produktionsgüter-Industrien haben sich auf eine übergroße Produktion eingestellt. Der Prozeß der Vergrößerung des gesamten Produktionsapparates täuscht einen guten Gang der Wirtschaft vor. Die Preise steigen. Die Schwerindustrie insbesondere ist voll beschäftigt. Es können nicht genügend Sparmittel beigebracht werden, um den Bau all der neuen Produktionsanlagen zu finanzieren, die man für rentabel hält. Der Zinsfuß steigt. Der Kredit wird von Notenbanken und Privatbanken ausgeweitet. Die neuen Kredite erhalten vor allem die Unternehmer, denen also — wie um das Übel noch schlimmer zu machen! — noch zusätzliche Kaufkraft zufließt. Die Kaufkraft der Massen wird gleichzeitig noch stärker beschränkt, weil eben wegen der Kreditausweitung die Preise noch mehr steigen.

Kapitalmangel?

Gerade zu diesem Zeitpunkt im Konjunkturverlauf pflegt der Ruf zu erschallen: *Kapitalmangel!* Der Zinsfuß scheint ihn eindeutig anzuzeigen. Es fehlt auch tatsächlich an Kapital, um den übermäßigen Ausbau des Produktionsapparates *noch weiter* fortzusetzen, im Inland und im Ausland. Insofern ist der Ruf berechtigt, und es ist verständlich, daß er gerade von Vertretern der Schwerindustrie ausgestoßen wird, die am Ausbau des Produktionsapparates be-

sonders verflochten. Der Ruf ist aber — die Wirtschaft als Ganzes betrachtet — völlig falsch. Es ist vielmehr schon viel zu viel Kapital gebildet und im Produktionsapparat festgelegt worden. Dieser ist viel zu groß im Verhältnis zu der Kaufkraft, die vorhanden ist, um seine konsumfähigen Produkte abzunehmen.

Der Zusammenbruch.

An irgend einem schwachen Punkte erfolgen Bankerotte von Unternehmungen, die nicht imstande waren, sich so viel Absatz auf dem Markt zu verschaffen, daß sie ihre Gläubiger laufend befriedigen konnten. Mißtrauen, das schon viel früher berechtigt war, greift um sich. Eine Kreditkündigung, ein Bankerott, eine Betriebsstillegung zieht andere nach sich. Arbeiterentlassungen und Lohnsenkungen schmälern die Kaufkraft für Konsumgüter. Durch Verringerung der Unternehmereinkommen und Rückgang der Kreditmenge sinkt die Kaufkraft für Produktionsgüter. Die gesamte Produktion schrumpft also zusammen. Die Krise verschärft die Krise!

Die einzelnen Krankheitserscheinungen, die uns in verwirrender Fülle vor Augen treten, dürfen uns nicht davon abhalten, die Krise an ihrer Wurzel zu bekämpfen. Alles Herumdoktern an den einzelnen Krankheitszeichen ist nichts als übelste Quacksalberei.

Die Wurzel der Krise ist — mit den Worten von KARL MARX — „die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen".

Das ist die Wurzel nicht nur aller kapitalistischen Vorkriegskrisen, sondern auch der heutigen Weltkrise, insbesondere, wie wir im folgenden sehen werden, auch die Ursache der gegenwärtigen deutschen Krise.

Die Ursachen der deutschen Krise.

Ungenügende Steigerung der Massenkaufkraft nach der Krise von 1926.

Von bürgerlicher Seite wird immer wieder behauptet, die Löhne in Deutschland seien seit 1927 zu hoch; das habe die Kapitalbildung unterbunden und dadurch zur Krise geführt. Diese bürgerliche Krisenerklärung hat bis in die Reihen der Arbeiterschaft hinein Wurzel gefaßt. Sie hat den Kampf um Erhöhung der Löhne gehemmt. Sie liegt der Notverordnung BRÜNINGS vom 8. Dezember zugrunde. Sie ist ebenso weit verbreitet wie falsch.

Wir sagen: 1927 — nach Ueberwindung der vorangegangenen Wirtschaftskrise — ist die Kaufkraft der Arbeiterschaft längst nicht genug gestiegen, teils weil die Löhne nicht genug stiegen, teils weil die Preise auf Grund von Monopolen hochgehalten wurden. Wenn 1927 und in den folgenden Jahren die Kaufkraft der Arbeiter höher und die Kapitaleinkommen niedriger gewesen wären, dann hätte die Kaufkraft der Massen hingereicht, um die Arbeitsfähigen und den Produktionsapparat voll zu beschäftigen. Dann stünden heute nicht Erwerbslose in Massen vor den Betrieben und stillstehende Maschinen für Milliarden Reichsmark in den Betrieben. Denn allein die Kaufkraft für Konsumgüter bildet eine tragfähige Grundlage für die Entwicklung nicht nur der Konsumgüter-Industrien und der Landwirtschaft, sondern auch der Produktionsgüter-Industrien.

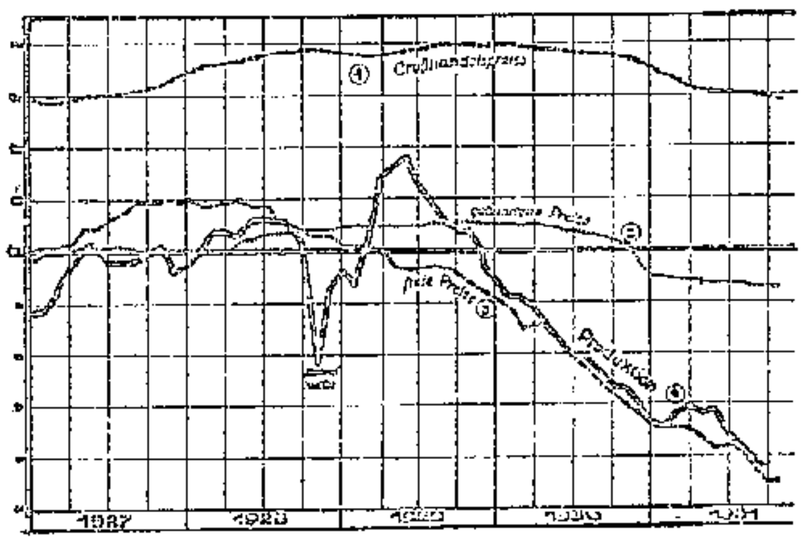
Die Wirtschaftsgeschichte lehrt das hundertfach. Betrachten wir hier nur den uns am nächsten liegenden Ausschnitt: den Verlauf der deutschen Wirtschaft von 1927 bis heute, an Hand der nachstehenden Kurven. Es ist nicht möglich, das Bild in allen Feinheiten zu zeichnen; zum Teil fehlen dazu noch die Unterlagen. Die große Linie der Entwicklung wird aber gerade durch Weglassen von Einzelheiten deutlich.

1927: Trotz Steigerung des Masseneinkommens nicht voll ausgenutzter Produktionsapparat.

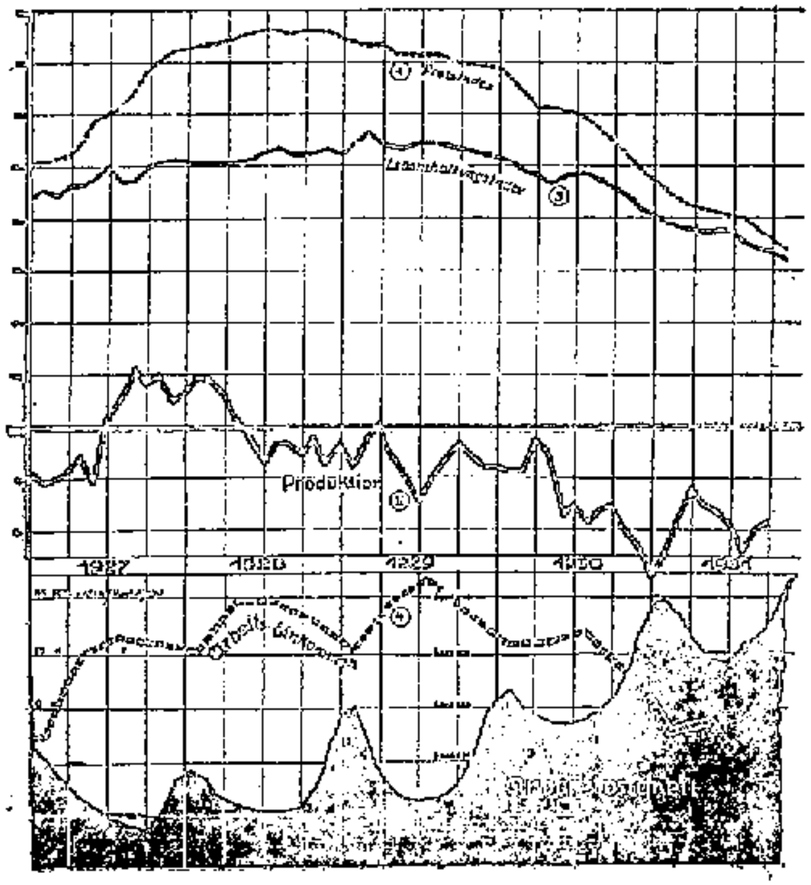
Der tarifliche Stundenlohn stieg während des Jahres 1927 im Durchschnitt um 9 Prozent. Der Hauptteil der Steigerung entfällt auf das erste Drittel des Jahres. Die Wirkung dieser Einkommenssteigerung der Massen wurde verstärkt durch Gehaltserhöhungen und nur wenig durch Erhöhung der Lebenshaltungskosten vermindert. Die Produktion industrieller Konsumgüter stieg infolgedessen stark an. Die Zahl der Arbeitslosen sank im September 1927 auf den seitdem nicht wieder erreichten Tiefstand von 772 000. Das vierteljährliche Arbeitseinkommen (Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten) stieg vom ersten Vierteljahr 1927 bis zum ersten Vierteljahr 1928 von 8,1 auf 10,1 Milliarden Mark. (Zu all diesem vergleiche die Kurven!)

Mit dem vorhandenen Produktionsapparat hätte eine noch weit größere Nachfrage befriedigt werden können. Trotzdem riefen die Unternehmer bei jeder Lohnerhöhung: „Die Kapitalbildung ist in Gefahr!" Die innerdeutsche Kapitalbildung betrug 1927 fast 7 Milliarden Mark; sie wurde ergänzt durch fast 4 Milliarden Mark Kapitalzustrom vom Ausland (dem ein Rückstrom für Reparationen von 1,5 Milliarden gegenüberstand). So viel ist in der deutschen Wirtschaft — abgesehen vom Ersatz für abgenutzte Anlagen — angelegt worden. Insgesamt offenbar viel zu viel! Denn die Konsumgüter-Industrie ist im Winter 1927/28 am besten beschäftigt gewesen und nützte damals doch nur etwa drei Viertel ihrer Anlagen aus. Man hätte die Kapitalbildung also sehr wohl beschneiden können.

Produktionsgüter.
(Rohstoffe, Halbwaren, fertige Produktionsmittel.)



1. Großhandelspreise für fertige Produktionsmittel (1913 = 100).
2. Kartellmäßig gebundene Preise industrieller Rohstoffe und Halbwaren, z. B. Kohle, Roheisen, Kunstdünger, Zement (1926 = 100).
3. Freie Preise industrieller Rohstoffe und Halbwaren, z. B. ausländische Kohle, Textilien, Holz (1926 = 100).
4. Produktion der Produktionsgüter-Industrien, Mengen (1928 = 100).



1. Großhandelspreise industrieller Fertigwaren, Konsumgüter (1913 = 100).
2. Produktion der Konsumgüter-Industrien, Mengen (1928 = 100).
3. Lebenshaltungskosten (1913/14 = 100).
4. Arbeitseinkommen, in Milliarden Mark pro Vierteljahr (Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten — leider einschließlich der Generaldirektoren). (Für 1929—1931 nach einer Kurve des Deutschen Instituts für Konjunkturforschung, für 1927/28 von uns auf Grund von Angaben des Statistischen Reichsamts und des Konjunkturforschungs-Instituts ergänzt.)
5. Arbeitslosigkeit in 1 000 000.

Fast sämtliche benutzten Zahlenangaben stammen vom Deutschen Institut für Konjunkturforschung. Das Gleiche gilt für die im Text verwandten Angaben.

1928: Sinkende Produktion von Konsumgütern; trotzdem steigende Produktion von Produktionsgütern.

Unsere Kurven zeigen, daß die Produktion von Produktionsgütern stieg, obgleich die Produktion von Konsumgütern — nachdem zunächst die Läger vergrößert worden waren — abnahm.

Von den neuen Produktionsgütern wurde freilich ein Teil (28 Prozent) ausgeführt — aber in Länder, in denen die Kaufkraft der Massen durch kapitalistische Monopole auch niedrig gehalten wird, die auf die Dauer also sicher nicht die gleiche Menge deutscher Produktionsgüter werden abnehmen können.

Zum Teil wurde der Produktionsapparat der deutschen Industrie, obgleich er in allen seinen Teilen nicht voll ausgenutzt war, vergrößert und verbessert. Diese Arbeiten wurden zu einem erheblichen Teil durch Auslandskredite finanziert (Zustrom 1928: 4,3 Milliarden Mark; Abstrom für Reparationen: 2 Milliarden Mark). Nochmals: Es kamen viel zu viele Auslandsanleihen herein, und es wurde im Lande zu viel Kapital angehäuft. Der Produktionsapparat der Wirtschaft wurde zu groß und — natürlich weil er deshalb nur schlecht ausgenutzt werden konnte — zu kostspielig. Zur Bereitstellung der Menge von Konsumgütern, für die Kaufkraft vorhanden war, hätte er kleiner und dadurch billiger sein können.

Auch Arbeitervertreter haben damals Auslandsanleihen gefordert, in der Hoffnung, dadurch würden mehr deutsche Arbeiter beschäftigt werden können. Das war falsch. Sie hätten alle Kraft darauf richten sollen, Lohnerhöhungen zu fordern und die Senkung von Monopolpreisen; dann hätten die Arbeiter mehr Kaufkraft gehabt und hätten sich gegenseitig Aufträge und damit Erwerb geben können.

1929: 3 Millionen Erwerbslose, steigende Kartellpreise.

Obwohl die Tariflöhne noch etwas steigen, ist das Einkommen der Arbeiterschaft geringer als im Vorjahr. Denn die Zahl der Erwerbslosen hat im Februar erstmals die dritte Million überschritten.

Noch immer geht es der Produktionsgüter-Industrie sehr gut. Sie erzielt große Gewinne und beschäftigt sich zum Teil selber durch ihren eigenen Ausbau. Mitte des Jahres ist sie zu 74 Prozent ausgenutzt, während die Konsumgüter-Industrie nur zu 65 Prozent ausgenutzt ist. Der Zustrom von Auslandsgeldern läßt endlich nach, er macht 1929 nur noch 2,7 Milliarden Mark aus (Abstrom für Reparationen: 2,5 Milliarden Mark). Das bringt auch die Kurve der Produktionsgütererzeugung zum Umbruch. Sie läuft von Mitte 1929 an unaufhaltsam nach unten. Durch Preissenkungen geschieht nichts, um den Fall zu bremsen. Die Kartellpreise steigen vielmehr bis zum Jahresende!

1930: Sinkende Arbeitseinkommen, starre Lebenshaltungskosten.

Die von außen her, durch Auslandskredite, finanzierte Beschäftigung der Produktionsgüter-Industrien ist zu Ende. Der Zustrom der Auslandskredite stockt völlig. Nun erst zeigt sich deutlich, wie groß die Kapitalfehlleitungen sind. Der Produktionsapparat der Produktionsgüter-Industrien ist Mitte des Jahres nur zu 55 Prozent, Ende des Jahres nur zu 45 Prozent ausgenutzt. Entlassungen in diesen Industrien vergrößern das Heer der Arbeitslosen. Auch die Ausnutzung der Konsumgüter-Industrien sinkt, wenn auch längst nicht so rasch (Mitte 1930: 58 Prozent, Ende 1930: 54 Prozent).

Das Arbeitseinkommen ist insgesamt 4 Milliarden Reichsmark kleiner als im Vorjahr. Von der Preisseite her könnte die Kaufkraft für Konsumgüter gesteigert werden. Das geschieht nicht. Die Lebenshaltungskosten sinken nur wenig, weil kapitalistische Politik für die Erhaltung der Großgrundeigentümer und daher für Hochhaltung der Getreidepreise sorgt. Die Preise für Produktionsgüter sinken fast nicht, weil kapitalistische Politik für die Erhaltung der Schwerindustriellen sorgt.

1931: Starre Kartellpreise. Kreditkrise.

Die Kurven sprechen für sich. Man beachte besonders den Verlauf der Kurven der freien und der geregelten Preise für industrielle Rohstoffe und Halbwaren von 1929 bis 1931.

Anfang 1931 zeigte der Verlauf mancher Kurven eine gewisse Belebung an (so die Kurven der Arbeitslosigkeit, der Konsumgüter-Produktion, des Arbeitseinkommens). Aber der Gegenstoß kam rasch. Bis 1929 hatte sich die Produktionsgüter-Industrie auf verhältnismäßig hohem Stande halten können, obgleich ihr die solide Grundlage ihrer Produktion mindestens seit 1927 fehlte. Das internationale Kreditgebäude, das zu jener künstlichen Belebung der Produktionsgüter-Industrien wesentlich beigetragen hatte, hielt bis 1931, obgleich bereits 1929 diese Industrien im Abstieg begriffen waren, ihre Kreditwürdigkeit also mehließ. Erst zwei Jahre nach dem Rückgang der Produktion von Konsumgütern ging auch die der Produktionsgüter zurück. Nach abermals zwei Jahren brach das Kreditgebäude zusammen. Der Zusammenbruch zerstörte alle Ansätze zu einer Besserung der Lage.

Das Arbeitseinkommen sank gegenüber dem Vorjahr um 6,5 Milliarden. Es betrug 1931 nur 35-34 Milliarden Mark gegenüber 43 Milliarden Mark 1929. Unter diesem Einkommensschwund leidet auch die Landwirtschaft von Jahr zu Jahr mehr (im Erntejahr 1931/32 wird sie voraussichtlich nur 6,5 Milliarden Mark erlösen gegenüber 9 Milliarden Mark zwei Jahre zuvor). Industrielle unterließen sogar den betriebstechnisch erforderlichen Ersatz abgenutzter Maschinen und Anlagen. Der Inlandsverbrauch an Walzeisen hat sich von Juli bis Dezember halbiert! Die deutsche Produktion war Ende des Jahres so groß wie um die Jahrhundertwende im damals größeren Reichsgebiet.

1932: Senkung der Massenkaufkraft durch Notverordnung.

Das Jahr begann damit, daß der Arbeiterschaft auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember weitere 3-4 Milliarden Mark Jahreseinkommen genommen wurden und dieser Ausfall durch gleichzeitige Preissenkungen kaum zur Hälfte ausgeglichen wurde. Im ersten Vierteljahr wird das Arbeitseinkommen etwa 6,5 Milliarden Mark betragen, das ist ein Viertel weniger als im Vorjahr.

1927 - 1932.

Ueberblicken wir den Verlauf der Wirtschaft von 1927 bis heute:

Die kapitalistische Einkommensverteilung führte zu einer Vergrößerung des Produktionsapparates, die in Anbetracht der gleichzeitig niedriggehaltenen Kaufkraft für Konsumgüter unangemessen war.

Der Fehler von 1927, die ungenügende Steigerung der Massenkaufkraft, hätte späterhin noch korrigiert werden können durch wirtschaftspolitische Eingriffe zu Gunsten der Konsumenten, vor allem also der Arbeiterschaft. Aber fast alle Staatseingriffe — und es waren deren nicht wenige! — gingen in anderer Richtung. Sie haben daher den Verlauf der Krise, die seit 1927 angebahnt worden ist, verschärft.

Die Folge kapitalistischer Wirtschaftspolitik: 6—7 Millionen Erwerbslose im Winter 1931/32. Das deutsche Volkseinkommen schrumpfte von 1928 bis 1931 von 75 auf rund 55 Milliarden Mark zusammen. Staat und Sozialversicherung nehmen davon ein Drittel in Anspruch! Die Industrieanlagen sind zu 33 Prozent ausgenutzt.

So sieht die verzweifelte Lage aus, in die uns die viel redenden und hochbezahlten „Wirtschaftsführer" und „Staatsmänner" gebracht haben.

Wie wurden frühere Krisen überwunden?

Wir erleben und erleiden heute denselben Prozeß der Schrumpfung der Wirtschaft wie in Vorkriegskrisen. Wie ist die Wirtschaft in Vorkriegskrisen aus dem Schrumpfungsprozeß heraus-gekommen? Wir beschränken uns hier darauf, drei Umstände zu nennen.

1. Der Preisfall war in den Krisen rascher als der Einkommensfall.

Gewiß sanken die Löhne, und infolge Arbeitslosigkeit bezogen viele Arbeiter gar keine Löhne. Aber dieser Einkommensausfall wurde mehr als aufgewogen dadurch, daß die Einkommen der Beamten und weitgehend auch der Angestellten überhaupt nicht gekürzt wurden, daß weite Schichten des damals auch in Deutschland noch wohlhabenden Mittelstandes nach wie vor die gleichen Zinseinkommen bezogen, daß all diese Einkommen und auch die der noch arbeitenden Arbeiter an Kaufkraft gewannen infolge des Preisfalls. Die Kaufkraft für Konsumgüter stieg also im Laufe der Krise.

Die Untersuchungen des Deutschen Instituts für Konjunkturforschung haben ergeben, daß in den Krisen von 1900 und 1907 das Arbeitseinkommen nicht einmal dem Geldbetrage nach gesunken, sondern nur langsamer als in den Jahren der Hochkonjunktur gestiegen ist. („Vierteljahrshefte für Konjunkturforschung", 1927, Ergänzungsheft 3.)

2. Die Preise der Produktionsgüter sind in den Vorkriegskrisen stärker gefallen als die der übrigen Waren.

Dies ließ es den Unternehmern der Konsumgüter-Industrien lohnend erscheinen, — nach Abbau der Läger — die Produktion zu erweitern und Arbeiter einzustellen.

Vergleichen wir zunächst aus der Zeit von 1847 bis 1909 die Preise jeweils des letzten Jahres des Konjunkturabschwungs. Da ergeben sich für den gesamten Preisstand, wenn wir den Preisstand des jeweils letzten Hochkonjunkturjahres gleich 100 setzen, die folgenden Indexziffern:

98 97 109 77 88 90 101 105

(Die Senkung ist ausgeblieben nach dem Kriege von 1866, ferner im 20. Jahrhundert, zum Teil weil da bereits Kartelle für einige Güter bestanden.) Wenn wir den Vergleich anstellen nur für die Produktionsgüter (wie Kohle, Eisen, Stahl), so erhalten wir die folgende Reihe von Indexziffern:

86 82 88 56 79 73 98 102

Wenn wir die beiden Reihen vergleichen, so sehen wir, daß ohne Ausnahme die Zahlen der zweiten Reihe niedriger sind. Die Preise der Produktionsgüter sind in den Krisen stärker gesunken als der Durchschnitt der Preise. (Nach SPIETHOFFs Berechnung im „Handwörterbuch der Staatswissenschaft", Artikel „Krisen".)

3. Die Wiederbelebung der Wirtschaft ging vom Baumarkt aus.

Die Mieten sind, wenn keine staatlichen Eingriffe erfolgen, verhältnismäßig unbewegliche Preise (vor allem deshalb, weil die Hypothekenzinsen langfristig vereinbart werden). Andererseits sanken in früheren Krisen: die Baustoffpreise, die Bauarbeiterlöhne (in Geld gerechnet, nicht der Kaufkraft nach) und die Zinssätze für Leihgeld. Alle diese Umstände ließen es den Bauunternehmern als ersten rentabel erscheinen, ihre Produktion auszudehnen. Auf dem Baumarkt wich daher zuerst die Depression. Die Wiederbelebung konnte sich von dort rasch auf die ganze Wirtschaft ausdehnen, weil gerade beim

Hauserbau somit verhältnismäßig hohe Lohnsummen ausgezahlt werden, die Belebung in anderen Konsumgüterindustrien also rasch folgt.

Die Lehren der Krisengeschichte sind ganz eindeutig:

Krisen wurden überwunden durch Anwachsen der Kaufkraft für Konsumgüter und durch Preisfall insbesondere von Produktionsgütern.

Wie kann diese Krise überwunden werden?

Unser Leitfaden.

Für die Beurteilung von Vorschlägen zur Behebung der Wirtschaftskrise haben wir durch unsere Untersuchungen über die Ursachen der kapitalistischen Wirtschaftskrisen, über die Entstehung dieser Krise, und über die Ueberwindung früherer Krisen einen festen Leitfaden gewonnen. Wir können kurz sagen:

Falsch ist jede Maßnahme, die dazu führt, die Kaufkraft der Massen zu senken. Falsch ist ferner jede Maßnahme, durch die Preise von Produktionsgütern hochgehalten werden.

Also: falsch sind fast alle Maßnahmen, die in Deutschland bisher gegen die Krise ergriffen worden sind. Alle diese Maßnahmen haben zu einer Verschärfung der Krise geführt.

Untergang in die Barbarei?

Was kommt, wenn so weiter gemacht wird? Die Kaufkraft der Massen wird weiter zusammenschrumpfen. Die Nachfrage nach Konsumgütern wird weiter sinken. Noch mehr Betriebe werden geschlossen. Arbeiterentlassungen ziehen weitere Kaufkraftschrumpfung und damit weitere Entlassungen nach sich. Es wird von Woche zu Woche schwieriger und schließlich unmöglich, aus dem Arbeitsprodukt der immer geringeren Zahl der Arbeitenden die immer größere Zahl der Erwerbslosen zu unterhalten. Es drohen also: Völlige Zerrüttung der öffentlichen Finanzen, Einstellung der Unterstützungszahlungen, Hunger, Hungerrevolten, endgültige Zerschlagung der Tarife, das Auseinanderfallen der Gewerkschaften, das „Dritte Reich".

Vielleicht ist es bereits zu spät, sich dieser Entwicklung entgegenzustemmen. Die Aufgabe der Abwendung des Schlimmsten steht aber trotzdem vor uns, so wie sich dem Polarforscher Amundsen seine Aufgabe darstellte:

> „Die Sache ist so schwer, daß es nicht lohnt, sie auch nur zu versuchen. — Die Sache ist so schwer, daß ich nicht anders kann: ich muß sie versuchen."

Was muß versucht werden, sofort versucht werden?

Unser Plan.

1. Die Kartellpreise für industrielle Rohstoffe und Halbwaren müssen radikal gesenkt werden.

Wie kann das geschehen? Die heutigen Preise decken ja nach Aussage der Industriellen kaum die Kosten; diese Aussage stimmt in den meisten Fällen. Preissenkung ist also nur möglich bei gleichzeitiger Kostensenkung. Also weitere Lohnsenkung? Nein! Sondern Senkung der übrigen Kosten. Wie kann sie erzwungen werden? Nicht dadurch, daß einzelne Werke der großen Unternehmungen geschlossen werden; denn dann wird deren Unterhaltung und Verzinsung doch nur den noch geöffneten Betrieben der betreffenden Unternehmungen und damit den Konsumenten aufgebürdet. Die Selbstkosten der Schwerindustrie können nur dann entscheidend gesenkt werden, wenn Unternehmungen bankerott machen, wenn sich die Produktion auf weniger Unternehmungen konzentriert, wenn deren Betriebe besser ausgenutzt werden und deshalb mit geringeren Selbstkosten produzieren.

Diese Entwicklung kann rasch erzwungen werden durch Senkung von Zöllen und Entzug von Subventionen.

Bankerotte von Unternehmungen, das bedeutet allerdings wahrscheinlich zunächst eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit und einen schweren Stoß für die übrigbleibenden Unternehmungen und die Banken.

Darum muß sofort ein **Gegenstoß** einsetzen: Die Subventionen, die der Schwerindustrie entzogen werden, sollen zur **Ankurbelung der Bauwirtschaft** verwandt werden. Weil im Wohnungsbau mit derselben Bestellungssumme mehr Arbeiter beschäftigt werden als in der Schwerindustrie, kann es gelingen, den zu erwartenden Stoß auf dem Arbeitsmarkt und damit auf dem Markt der Konsumgüter auszugleichen.

2. Die Getreidepreise müssen gesenkt werden.

Ihre allmähliche Anpassung an die Weltmarktpreise muß herbeigeführt werden. Es ist lächerlich, darauf zu verweisen, daß sich die deutschen Getreidepreise heute weniger über den Friedensstand erheben als der Durchschnitt aller Preise. Mit derselben Begründung könnten die deutschen Autoprozenten vom Staat verlangen, daß er ihnen die Preise von 1913 garantiere! Diese reaktionäre Forderung erhebt niemand. Die Forderung, die Getreidepreise auf dem Stand von 1913 zu erhalten, ist aber eine nicht minder reaktionäre Forderung, nachdem die Selbstkosten der Getreideproduktion in Uebersee infolge technischer Umwälzungen (Mähdrescher!) seit 1913 auf die Hälfte oder ein Drittel gesunken sind.

Wir verlangen keine sofortige Beseitigung der Getreidezölle. Diese Maßnahme würde, weil man sie so lange hinausgeschoben hat, mehr Unheil als Gutes anrichten. Aber wir verlangen eine planmäßige, sofort beginnende Senkung. Wir verlangen, daß die längst bankerotten Großgrundeigentümer nicht länger auf Kosten der Arbeiterschaft gestützt werden.

Getreide können die deutschen Verbraucher von draußen weit billiger kaufen als von den deutschen Großbetrieben. Deren Erhaltung und die dazu erforderliche Hochhaltung der Getreidepreise in Deutschland wird mit der Notwendigkeit begründet, Deutschland von der Getreideeinfuhr unabhängig zu machen. Zu welchem anderen Zweck sollte das nötig sein als zum Durchhalten im nächsten Kriege? Je abhängiger Deutschland und überhaupt ein Land von Nahrungsmitteleinfuhr ist, um so weniger wird man wagen, zum Krieg zu hetzen. Wir können also gleichzeitig billiges Brot und eine gewisse Sicherung des Friedens haben. Beides ist für die Behebung der Krise gleich wichtig. Der Abbau der Getreidezölle wirkt als Zeichen des entschiedenen Friedenswillens und hilft dadurch zur Beruhigung der Kreditmärkte. Der Abbau der Getreidezölle hebt die Kaufkraft der Arbeiter für andere Waren, für Industrieprodukte und für bäuerliche Veredelungsprodukte.

Der Abbau der Getreidepreise trifft allerdings nicht nur die Großbetriebe, sondern auch deren Landarbeiter und Gläubiger, ferner viele Bauern. Darum fordern wir auch hier einen Gegenstoß: Das deutsche Volk hat sich seine

Großgrundbesitzern bisher etwas kosten lassen; wenigstens mit einem Teil dieser Mittel soll man für eine beschränkte Uebergangszeit **den Bauern und den neu anzusetzenden Siedlern helfen.**

3. Der Staatsapparat muß verkleinert werden.

An den Stellen zuerst, die unmittelbar krisenverschärfend wirken, also am Reichswehretat! Im Dezember 1931 sind an den Etats sämtlicher Reichsministerien Abstriche vorgenommen worden, mit einer Ausnahme: das Reichswehrministerium hat sich nichts nehmen lassen. Kräftige, zunächst wenigstens bis zu 50 Prozent gehende Abstriche am Wehretat würden die internationale Atmosphäre so stark bereinigen, daß sich daraus auch mittelbar eine Belebung der Wirtschaft ergeben könnte; die Abwehrkräfte gegen Hitlers Privatarmee brauchten bei der Ausgabenstreichung nicht zu leiden.

Weitere Ersparnisse durch eine Verwaltungsreform an Kopf und Gliedern müssen die Last erleichtern, die auf der Wirtschaft ruht. 30 Prozent des Volkseinkommens wurden 1931 von Steuern und Sozialbeiträgen aufgezehrt. Diese unerträgliche Last muß schrittweise, aber so rasch wie möglich erleichtert werden. 3 Milliarden Mark kostete 1931 die Unterstützung der Erwerbslosen. Diese Kosten gilt es abzubauen dadurch, daß sie überflüssig gemacht werden.

Abbau des Luxus!

Man läßt die Krise rücksichtslos wüten gegen die Ausgebooteten. Keiner weiß, wann ihn das Schicksal der Arbeitslosigkeit trifft, wann das des Ausgesteuerten.

Wir verlangen Rücksichtslosigkeit endlich einmal auch gegen Schwerindustrielle, Großgrundbesitzer und Generäle. Auf diese gleichzeitig ökonomischen und politischen Störenfriede ist schon viel zu lange Rücksicht genommen worden.

Es ist bereits rein rechnerisch völlig verkehrt, unser Programm mit der Begründung abzulehnen: durch die Bankerotte von Großgrundeigentümern und Schwerindustriellen, die wir herbeiführen wollten, würden Milliarden-Werte verloren gehen. Es ist zum größten Teil nur Schein, der verloren geht, und alle die Mittel, die heute aufgewandt werden, um den Schein zu erhalten, können künftig gespart werden. Wegen Aufrechterhaltung jenes Scheins sind real in einem Krisenjahr mehr Werte verloren worden, als durch die offene Bankerotterklärung tatsächlich bedroht würden: Die industrielle Produktion Deutschlands, die 1928 einen Wert von 33,7 Milliarden Mark darstellte, ist mengenmäßig im Januar 1932 auf 56 Prozent des Standes von 1928 gesunken. 1928 betrug das deutsche Volkseinkommen 75 Milliarden Mark; 1932 wird es, wenn die bisherige Wirtschaftspolitik weiter geführt wird, vielleicht 50 Milliarden Mark betragen!

Man müsse Rücksicht nehmen auf die Aufrechterhaltung des Scheins, daß Schwerindustrie und Großgrundeigentum im heutigen Umfang lebensfähig seien, — dieser Einwand gegen unser Programm erweist sich als nichts als Schein.

Das deutsche Volk kann sich den Luxus nicht mehr leisten, in den Preisen der wichtigsten Rohstoffe die in übergroßen Anlagen fehlgeleiteten Kapitalien der Schwerindustrie weiter zu verzinsen. Es kann sich ferner den Luxus der Kriegsrüstung durch Ernährung auf eigener Scholle, der verbunden ist mit der Erhaltung bankerotter Großgrundeigentümer, nicht mehr leisten. Und es

kann sich drittens den Luxus der wannsinnig überhöhten Reichswehretats nicht leisten.

Mit diesem dreifachen Luxus Schluß zu machen, das ist nur ein „Notprogramm", in doppeltem Sinne: Es verhütet nur die schlimmste Not, und es ist von der Notlage diktiert, daß wir Sozialisten heute kaum *mehr* durchsetzen können. Die Verwirklichung dieses Notprogramms im Rahmen der kapitalistischen Ordnung zu fordern, ist nicht so utopisch, wie heute die Verwirklichung des Sozialismus zu fordern. Es ist ein einfaches Programm, seine Richtigkeit läßt sich bei Unvoreingenommenheit leicht einsehen. Die Gegenkräfte sind freilich groß bei der Verfilzung der Interessen innerhalb der Kapitalistenklasse und bei der Fülle von Beziehungen zwischen Schwerindustriellen, Großgrundeigentümern und Generälen einerseits, und der Verwaltungsbürokratie andererseits und ihrer gemeinsamen Front gegenüber der Arbeiterschaft. Denn für die Kapitalisten würde die Durchführung bedeuten: einzelne Gruppen von Kapitalisten preiszugeben, um die übrigen zu retten. Für die Arbeiterschaft: aus der schlimmsten Krise so herauszukommen, daß sie fähig ist, mehr zu erkämpfen.

*

Nachdem wir einen Ueberblick über die zur Behebung der Wirtschaftskrise in Deutschland notwendigen Maßnahmen gewonnen haben, wollen wir zunächst eingehend die wunden Stellen der deutschen Wirtschaft betrachten: Schwerindustrie und Großgrundeigentum. An ihnen müssen Operationen vorgenommen werden, die schon allzu lange aufgeschoben worden sind. Diese operativen Eingriffe werden die gesamte Wirtschaft stark in Mitleidenschaft ziehen. Wir müssen uns daher klar sein, was unsere Eingriffe bedeuten, um gleichzeitig andere Eingriffe so vornehmen zu können, daß möglichst rasch eine Wiederbelebung des Wirtschaftslebens erreicht wird.

Die Wunde im Westen: die deutsche Schwerindustrie.

Die Zahl der großen Unternehmungen.

Der Bericht des Enquete-Ausschusses über die deutsche Eisenindustrie, dem wir auch im folgenden die meisten Angaben entnehmen, zeigt klar, daß wenige große Firmen eine entscheidende Bedeutung haben.

1929 produzierten 28 Firmen Roheisen; 3 produzierten 69 Prozent der gesamten Erzeugung. 49 Firmen produzierten Stahlrohblöcke, davon 4 Firmen ebenfalls 69 Prozent. 22 Firmen lieferten Eisenhalbzeug für den Absatz, davon 3 Firmen 80 Prozent. Mit den Walzwerksprodukten steht es ganz ähnlich, wie die folgende Uebersicht zeigt:

Produkt	Zahl der Firmen	Größte Firmen	
		Zahl	Anteil an der Produktion
Eisenbahn-Oberbauzeug . . .	10	2	70 %
Träger	9	3	72 %
Stabeisen	31	2	58 %
Bandeisen	18	2	57 %
Röhren	14	2	74 %
Grobbleche	22	4	80 %

In der Eisenindustrie waren bei der Betriebszählung von 1925 rund 320 000 Personen beschäftigt. Das größte Unternehmen, die Vereinigten Stahlwerke A.-G., beschäftigte in seiner besten Zeit in Eisenbetrieben rund 100 000.

Welche Bedeutung die Vereinigten Stahlwerke innerhalb der Eisensyndikate haben, geht aus folgenden Quoten (Beteiligung-ziffern) hervor. Am 30. September 1929 betrug die Quote der Vereinigten Stahlwerke z. B. beim

Roheisenverband (Verbrauchsbeteiligung)	56 %
Grobblechverband	40 %
Röhrenverband	51 %

Ob wir also Produktion-, Arbeiter- oder Beteiligungsziffern betrachten, klar ist:

Es handelt sich um ganz wenige Unternehmungen, die entscheidend wichtig sind. — Sie werden beherrscht von ganz wenigen Personen, einigen Großaktionären und Generaldirektoren.

Zu große Kapitalaufwendungen!

Nach der wahrscheinlich übervorsichtigen Schätzung des Enquete-Ausschusses erhält die eisenerzeugende Industrie dank Zoll- und Monopolpolitik von den Eisenverbrauchern jährlich eine Subvention von mindestens 150 Millionen Mark.

Dabei behaupteten die Sachverständigen der eisenerzeugenden Industrie vor dem Enquete-Ausschuß, daß dieser Industrie auch die Jahre, die eine „volle Ausnutzung ihrer Anlagen gestatteten, keine Erträge gebracht haben, die mehr erlaubten als die allgemein übliche Instandhaltung der Anlagen und Verzinsung des Kapitals". Wie ist das möglich?

In der gesamten Schwerindustrie (einschließlich Kohlenbergbau) standen die Anlagen 1924 — verhältnismäßig niedrig angesetzt — mit rund 2,5 Milliarden Mark zu Buch. Während der Jahre 1924/28 wurde davon *1 Milliarde Mark abgeschrieben*, das heißt: dieser Betrag wurde einkalkuliert in die Warenpreise und so von den Eisenverbrauchern bezahlt. Diese Milliarde Mark stand zur Anlagenerneuerung und -verbesserung zur Verfügung.

Außerdem wurden in derselben Zeit rund *dreiviertel Milliarden Mark fremdes Kapital* neu in der Schwerindustrie angelegt. Dieses Kapital hat die Schwerindustrie nicht durch Verkauf von Aktien an sich gezogen, sondern durch den Verkauf festverzinslicher Schuldverschreibungen. Warum keine Aktien ausgegeben wurden, begründete Jakob Goldschmidt, der Geschäftsinhaber der Danat-Bank, vor dem Enquete-Ausschuß so: Die Schwerindustrie habe keine Aktien verkaufen können, weil es ihr nicht möglich gewesen sei, eine sichere Rentabilität zu versprechen; das hätte sie aber tun müssen, wenn sie Kapitalisten aufgefordert hätte, Aktien zu übernehmen. — Eine bemerkenswerte Logik: Weil man den Kapitalgebern keine sichere Rentabilität in Aussicht stellen kann, darum sagt man ihnen feste Zinszahlungen zu! Auf wessen Kosten? — Wir werden sehen.

Die sogenannte *Selbstfinanzierung* (die Verwendung nicht ausgeschütteter Gewinne zur Erweiterung und Verbesserung der Anlagen) läßt sich zahlenmäßig leider nicht erfassen.

In den Jahren 1924/25 erhielt die Schwerindustrie im Ruhrgebiet rund *550 Millionen Mark Entschädigungen* für die Zeit der Ruhrbesetzung ausgezahlt. Ich weiß, daß manche Unternehmungen damals nicht wußten, wie sie diese sogenannten Entschädigungen verbuchen sollten, ohne riesige Gewinne auszuweisen.

Auf Grund dieser großen Kapitalaufwendungen stehen zum Teil die modernsten Anlagen. Zum Beispiel ist die durchschnittliche Leistung eines Hochofens von 1925 bis 1929 gewachsen von 200 000 Tonnen auf 430 000 Tonnen. Die Anlagen sind modernisiert und vergrößert worden. Aber alles über das vernünftige Maß hinaus vergrößert, wie sich jetzt deutlich zeigt. Die Anlagen der Schwerindustrie sind in Deutschland heute nur zu 30 Prozent ausgenutzt! So kann heute nicht einmal mehr wie zu Zeiten guter Konjunktur wenigstens die Verzinsung und Instandhaltung der Anlagen herausgewirtschaftet werden. Kurz: der Bankerott droht.

Warum unrentabel?

Wie diese Lage zu stande gekommen ist, darüber gab der bereits mehrfach genannte Enquete-Bericht allen, die lesen wollen, bereits 1930 genügenden Aufschluß. In ihm heißt es zum Beispiel:

> Den Kapitalanlagen lag „in zahlreichen Fällen eine Ueberschätzung technischer Möglichkeiten zu Grunde, die sich gegenüber den wirtschaftlichen Ueberlegungen durchsetzte und von der Hoffnung auf eine baldige und beträchtliche Ermäßigung der Kapitalzinssätze stark genährt wurde". „Nach Auffassung des Ausschusses haben die Unternehmer mit der Errichtung der neuen oder der Erweiterung der bisherigen Erzeugungsstätten einen Teil ihrer bisherigen Anlagen selbst entwertet.

In den Jahren 1927—29 wurden die Betriebe noch einige Zeit voll ausgenutzt; dann wurde mit Stillegungen begonnen. Die Kosten für die Verzinsung und Abschreibung auch der stillgelegten Werke müssen die Konsumenten aufbringen, indem sie erhöhte Preise bezahlen, in denen jene Kosten mit einkalkuliert sind. Der Enquete-Ausschuß hat sich in diplomatischer Form, die aber eindeutig geäußert:

> „Die Frage, ob eine kalkulatorische Berücksichtigung der Abschreibungen auf die stillgelegten Betriebe erfolgen kann, ... wäre mäßig würden die deutschen Eisenpreise bei freiem Wettbewerb dem Weltmarktpreise angepaßt, da dann der Erlös eine Abschreibung der stillgelegten Werke nicht erlaubte."

Der Enquete-Ausschuß hält mit Recht die zeitweise, selbst die dauernde Rentabilität der aufgeblähten Eisenunternehmungen so lange für keinen Beweis wirklich rentabler Kapitalanlage, als die Preisbildung durch öffentliche und private Maßnahmen" beeinflußt wird. Wie stark dieser Einfluß ist, zeigen folgende Zahlen: Roheisen war 1913 in Deutschland um 11 Prozent teurer als in Belgien, 1931 um 63 Prozent; Stabeisen war 1913 in Deutschland um 7 Prozent billiger, 1931 aber um 81 Prozent teurer als in Belgien.

Diese Monopolpolitik hat auf die Dauer nichts genutzt. Die großen Reichsbahnbestellungen (auf Grund der Krisensteuer, auf Grund der Reichsbahnanleihe von 250 Millionen Mark, auf Grund der ungeschützten Young-Zahlung von 660 Millionen, die während des Hoover-Jahres der Reichsbahn zuflossen) haben nichts genutzt. Die unter Reichsbürgschaft stehenden russischen Bestellungen haben nichts genutzt. Die Uebernahme von Sozialversicherungsprämien auf die Reichskasse hat nichts genutzt. Die Frachtvergünstigungen nutzen nichts!

Die großen Unternehmungen der Schwerindustrie sind nicht mehr rentabel. Sie wurden bisher nur mit Mühe und Not vor dem offenen Bankerott bewahrt.

Die Hauptschwierigkeit der riesigen Betriebe liegt darin, daß sie sehr teuer produzieren, wenn sie nicht gut ausgenutzt werden. Auch hierzu einige Angaben, die im Februar 1928 vor dem Enquete-Ausschuß gemacht worden sind:

Krupp A.-G.: Die Produktionskosten für Rohstahl erhöhen sich um 20 Prozent, wenn die Ausnutzung des Betriebes auf 40 Prozent sinkt.

Ein Direktor der Mannesmann-Werke: Unser Betrieb ist heute zu 45 Prozent ausgenutzt. Bei jeder weiteren Verminderung der Ausnutzung um 1 Prozent steigen die Produktionskosten um 1 Prozent.

Es ist nicht nötig, Einzelheiten zu häufen. Die angeführten Tatsachen sprechen eine deutliche Sprache:

Die Niedrighaltung der Massenkaufkraft durch Monopole ermöglichte die Aufstellung jener technisch vorbildlichen Werke; aber eben diese Niedrighaltung der Massenkaufkraft hindert die Vollbeschäftigung der Werke und macht diese Werke dadurch unrentabel, ja führt ihren Wert zum Teil zurück auf den Wert von Eisenschrott. ... Eine moderne Hütte kostet 300 Millionen Mark; wenn sie stilliegt, hat sie den Wert einiger Tonnen Eisenschrott.

Was tun?

Der „Ausweg", der heute beschritten wird: Unterstützung dieser Unternehmungen in ständig steigendem Maße auf Kosten der Massen.

Der einzige Ausweg, der zur Beseitigung der Krise führt:

Schluß mit den bisherigen Subventionen an die Schwerindustrie. Alle Mittel, die verfügbar sind, konzentrieren auf Vergrößerung der Massenkaufkraft!

Diese würde dann ausreichen, um einen Teil der Schwerindustrie in Gang zu halten. Ein Teil der Unternehmungen muß dann offen Bankerott machen; deren Betriebe werden still gelegt, und ihr Wert wird — anders als bei den heutigen Stillegungen — *nicht* von den Eisenverbrauchern weiter verzinst. Die übrigbleibenden Betriebe wären gut beschäftigt und könnten infolgedessen billig produzieren.

Die Gefahren unseres Plans.

1. **Der Bankerott großer Unternehmungen hat schwerwiegende Folgen für deren Gläubiger.**

Das ist richtig! Die Gläubiger der offen Bankerott machenden Unternehmungen: zum Beispiel die Inhaber von Schuldverschreibungen dieser Unternehmungen, ihre Banken und Lieferanten werden sich über den Bankerott gewiß nicht freuen. Wir müssen aber bedenken: Der offene Bankerott mehrerer großer Unternehmungen läßt sich höchstens *verschieben*, nicht aber *verhindern*. Ein wirtschaftliches Wunder kann sich nicht ereignen. Das einzige, was der übergroßen deutschen Schwerindustrie volle Beschäftigung verschaffen und sie dadurch wieder rentabel machen kann, wäre ein Weltkrieg. Wir können verstehen, daß manche *Kapitalisten* auf eine solche Gelegenheit der „Sanierung" warten. Aber sollen wir als *Sozialisten* darauf warten?

Besser ein Ende mit Schrecken für einzelne Unternehmungen, ja für Gruppen von Unternehmungen, als ein Schrecken ohne Ende!

Die *ausländischen Gläubiger* haben ihre Forderungen an deutsche Unternehmungen im Grunde bereits zu einem großen Teil verloren gegeben. Wenn deutsche industrielle Schuldverschreibungen an der New Yorker Börse mit 20-30 Prozent des Nennwerts notiert werden, so *ist* das bereits ein Bankerotteurkurs.

Die *inländischen Großbanken* haben erhebliche Beträge an die Schwerindustrie ausgeliehen. (Am 30. September 1931 hatte die Deutsche Bank- und Disconto-Gesellschaft 10 Prozent ihrer gesamten Kredite an Bergbau, Hütten und Großeisenindustrie gegeben.) Vermutlich haben die Großbanken bei der „Sanierung" vom 22. Februar auf ihre Forderungen in die Schwerindustrie nicht genug abgeschrieben. Sie müssen diese Abschreibungen also nachholen. Wahrscheinlich läßt sich dabei eine zweite Sanierung nicht umgehen. Sie sollte erfolgen auf Kosten der privaten Aktionäre, die dann ihr ganzes Aktienkapital verlieren würden, bei den am wenigsten soliden Banken außerdem auf Kosten der Gläubiger, deren Forderungen um einen gewissen Prozentsatz herabgesetzt werden müßten. Dabei könnten die Forderungen der Kleingläubiger von der Herabsetzung ausgenommen werden.

Die wirtschaftliche Macht von Männern, wie Flick, der sich die Herrschaft über die Vereinigten Stahlwerke mit großenteils geliehenem Geld verschafft hat, wird dabei zusammenbrechen. Diejenigen Großbanken, die Herrn Flick jene Machtstellung ermöglicht haben dadurch, daß sie seine Stahlwerks-Aktien beliehen unter Verwendung der bei ihnen zusammengeströmten Kapitalien kleiner Kunden, werden dabei Verluste erleiden. Ihre Einleger wollten gewiß nicht dazu helfen, daß einem Einzelnen solche Macht in die Hände gespielt wurde wie zum Beispiel Herrn Flick. Wenn hier und in ähnlich gelagerten Fällen ein Exempel statuiert wird, so werden die Bankkunden sich künftig vorsichtigere Banken aussuchen; und die Banken werden deshalb vorsichtiger werden.

Wir wollen und dürfen uns nichts vormachen: Bei der Operation an der todkranken deutschen Wirtschaft geht es auf Leben und Tod. Der wirtschaftliche Tod von Flick und Genossen bekümmert uns dabei unmittelbar nicht im geringsten. Wichtiger ist ein zweiter Gefahrenpunkt, der mit den zu erwartenden Bankerotten eng zusammenhängt.

2. **Der Bankerott großer Unternehmungen hat schwerwiegende Folgen für den Arbeitsmarkt.**

Bankerotte bedeuten Arbeiterentlassungen. Gewiß werden andere Eisenhütten und Kohlengruben ihre Produktion ausdehnen können; aber das wird, insbesondere wo große Lagerbestände vorhanden sind, nicht *gleichzeitig* mit den Entlassungen geschehen.

Um ein lieber zu ungünstiges als zu günstiges Bild von den Wirkungen großer Bankerotte auf den Arbeitsmarkt zu gewinnen, wollen wir annehmen, daß die beiden größten Konzerne ihre Belegschaft restlos entlassen. Hier sind die Belegschaftszahlen:

Vereinigte Stahlwerke A.-G.	31. 12. 1931	97 200
Krupp A.-G.	30. 9. 1931	44 100
		141 300

Es ist nicht wahrscheinlich, daß gerade diese beiden Unternehmungen ihre Tore völlig schließen. Es ist ferner sicher, daß die eisenverarbeitenden Industrien bei Senkung ihrer Ausgaben für Eisen den Export steigern könnten. Das wäre für den Arbeitsmarkt sehr wichtig. Waren doch während des zweiten Halbjahres 1931 zum Beispiel in der deutschen Maschinenindustrie 240 000 Arbeiter und Angestellte unmittelbar für die Ausfuhr tätig.

Aber fassen wir vorsichtshalber ins Auge: Es droht die sofortige Entlassung zum Beispiel von rund 140 000 Arbeitern in der Schwerindustrie. Dann sehen wir: es ist wichtig, daß gleichzeitig ein Gegenstoß zur Entlastung des Arbeitsmarktes geführt wird. Wir schlagen vor: in der Bauwirtschaft.

Ankurbelung der Bauwirtschaft.

Die Lage.

Die Produktionsschrumpfung im Baugewerbe ist weitaus größer als die Schrumpfung in der gesamten Industrie. Der Wert der baugewerblichen Produktion betrug:

	in Milliarden Mark	in Prozenten des Bruttoproduktionswerts der gesamten Industrie
1929	8,9	11,3 %
1930	7,1	11,1 %
1931	4,9	8,0 %

Der Höchststand der baugewerblichen Produktion war im Jahre 1929; seitdem ist, gemessen an den Baubeginnen, ein Rückgang auf rund ⅛ zu verzeichnen. Die gesamte Industrieproduktion ist seit ihrem Höhepunkt nur auf weniger als ¾ zurückgegangen.

Im Januar dieses Jahres betrug die Zahl der in der Bauwirtschaft geleisteten Arbeitsstunden nur 10 Prozent der Arbeitsstunden, die auf Grund der vorhandenen Produktionsmittel geleistet werden können. Bei strenger Kälte waren im Januar 1929 „nur" 493 000 Baufacharbeiter arbeitslos. Im Januar 1932 gab es 617 000 arbeitslose Baufacharbeiter.

Wenn man alle Gewerbe berücksichtigt, die mit der Bauwirtschaft im Zusammenhang stehen, entfallen auf die Bauwirtschaft heute etwa 1,5 Millionen Arbeitslose.

Während in früheren Krisen das Baugewerbe im Verhältnis zu den anderen Wirtschaftszweigen günstig da stand und darum zuerst einen Aufschwung nahm, besteht gegenwärtig keine Aussicht auf „Selbstbelebung". Sinkende Zinssätze und sinkende Preise für Baumaterialien verursachten früher bei relativ starren Mieten eine steigende Rentabilität des Wohnungsbaus. Gegenwärtig verringern sich die Baukosten nicht; denn die Zinssätze sind hoch und die Baustoffpreise werden durch Kartelle hochgehalten.

Der Wohnungsbedarf.

Eine Ankurbelung gerade der Bauwirtschaft wäre heute sinnvoll; denn für Wohnungen ist dringender Bedarf vorhanden, während zum Beispiel für Eisenbahnunterführungen, neue Postämter und ähnliche Ladenhüter alter „Arbeits"-Beschaffungsprogramme heute kein Bedarf vorhanden ist, wenn man ihn nicht künstlich durch Subventionen schafft.

Die Behauptung, daß heute ein Bedarf für Wohnungen besteht, wird nicht entkräftet durch die Tatsache, daß viele Wohnungen leer stehen. Leerstehende Wohnungen sind gegenwärtig fast an allen Orten nur ein Zeichen für die niedrige Kaufkraft der Massen, mit der wir auf die Dauer ja nicht rechnen wollen. Noch Ende 1929 wurde der Wohnungsbedarf für 1932 auf 670 000 geschätzt. Bei dieser Schätzung wurde für die Jahre 1930/31 eine Bautätigkeit angenommen, die unter dem Druck der Wirtschaftsschrumpfung nicht Wirklichkeit wurde; wahrscheinlich liegt also heute der Wohnungsbedarf noch wesentlich über dieser Schätzung.

An welchen Orten auf die Dauer gesehen Wohnungsbedarf vorliegt, kann zum Teil erst entschieden werden, wenn feststeht, wo gesiedelt werden wird. Sowohl in den Siedlungsdörfern selber als auch in den benachbarten Städten entsteht mit Sicherheit Wohnungsbedarf. Da es sowieso unmöglich ist, in kurzer Zeit den gesamten Wohnungsfehlbedarf zu decken, kommt als Grundsatz für die Auswahl der Orte und Stadtteile in Frage: Erstens dort bauen, wo Arbeitskräfte benötigt werden, zweitens dort, wo sie dazu gedrängt werden und mit größter Wahrscheinlichkeit wohnen bleiben. Das erstere wird der Fall sein in der Nähe von neuen Siedlungen. Das zweite wird *nicht* am Standort der Produktionsgüter-Industrien der Fall sein, viel eher am Standort von Konsumgüter-Industrien, zum Beispiel der Textil-Industrie, also im allgemeinen mehr in Mittel- als in Großstädten.

Kosten einer Zwei-Zimmer-Wohnung.

Um die Bedeutung unseres Wohnungsbauprogramms ermessen zu können, geben wir zunächst eine rohe Berechnung darüber, wie sich die Baukosten einer Zwei-Zimmer-Wohnung in Reihenhäusern stellen würden. Die Berechnung kann nur sehr roh sein, weil die Kosten an verschiedenen Orten verschieden sind insbesondere wegen der teilweise erheblichen Unterschiede in der Baulöhnen (1930 lagen die Kosten für eine Zwei-Zimmer-Wohnung in Großstädten im Durchschnitt um 29 Prozent über den Kosten in Kleinstädten; in Westdeutschland sind sie allgemein niedriger als in Ostdeutschland wegen der im Osten höheren Transportkosten für Eisen und Zement.)

Grundstückkosten haben wir dabei nicht angesetzt, da die meisten Gemeinden genügend Bauland besitzen, Mittel für den Erwerb daher nicht aufgebracht werden müssen.

Die Baukosten verteilen sich ungefähr zu 40 Prozent auf Löhne, zu 60 Prozent auf Materialkosten. Die Baustoffe sind heute um 12 Prozent teurer als in der Vorkriegszeit. Durch Auflösung von Kartellen könnten sie wahrscheinlich um mehr als 12 Prozent gesenkt werden. Wir setzen ferner voraus, daß in Mittel- und Kleinstädten gebaut wird. Die rohe Berechnung sieht dann so aus:

1800 Arbeitsstunden à 1 Mark	1 800 Mark	40 %
Materialkosten	2 700 Mark	60 %
	4 500 Mark	100 %

Wir schlagen vor, daß arbeitslose Bauarbeiter während der Ankurbelungs-Zeiten eingestellt werden gegen Bezahlung von nur ⅔ des Tariflohns in bar; für den Rest können sie eine entsprechende Zeit in den neu zu erstellenden Wohnungen mietfrei wohnen. Für diejenigen Bauarbeiter, die keine neuen Wohnungen beziehen wollen, könnte durch Verrechnung ein Ausgleich erfolgen: Sie würden zum Beispiel nach Vermietung der neugebauten Wohnungen entsprechende Mietzuschüsse für ihre eigenen alten Wohnungen erhalten.

Bei dieser Regelung ändert sich unser Kostenanschlag folgendermaßen:

1800 Arbeitsstunden à 67 Pfennig Barlohn	1 200 Mark	30,8 %
Materialkosten	2 700 Mark	69,2 %
	3 900 Mark	100 %

Mit 250 Millionen Mark könnten — unter Zurückbehaltung einer Reserve — 60 000 Zwei-Zimmer-Wohnungen gebaut werden.

Wirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Beim Bau von 60 000 Wohnungen würden bei vierzigstündiger Arbeitswoche 135 000 Bauarbeiter durchschnittlich 20 Wochen Beschäftigung finden.

Zum Vergleich: Bei Vergebung von Aufträgen an die Großeisenindustrie — zum Beispiel für Eisenbahnschienen — werden von 250 Millionen Mark unmittelbar an die Arbeiter ausgezahlt: 32,5 Millionen Mark; beim Wohnungsbau, wenn der Tariflohn voll in bar ausgezahlt wird: 100 Millionen Mark (40 Prozent von 250 Millionen Mark); wenn nach unserem Vorschlag ein Drittel des

Tariflohns später verrechnet wird, werden rund 75 Millionen Mark (30,8 Prozent von 250 Millionen Mark) bar ausgezahlt und rund 37,5 Millionen Mark (ein Drittel des Tariflohns) gutgeschrieben.

Wenn die 135 000 Bauarbeiter vorher im Durchschnitt 12 Mark Unterstützung wöchentlich erhielten und jetzt im Durchschnitt 26,67 Mark bar ausgezahlt erhalten, so können sie wöchentlich 14,67 Mark mehr ausgeben, zusammen also rund 2 Millionen Mark mehr.

Bisher haben wir nur den unmittelbaren Anteil des Lohns im Wohnungsbau in Betracht gezogen: der mittelbar (also vor allem in Baustoffindustrien) ausgezahlte Lohn macht nach Angabe von Sachverständigen 40 Prozent der Baustoffpreise aus. Nach Senkung von Kartellpreisen ist dieser Prozentsatz wahrscheinlich höher.

Wenn wir mit 50 Prozent rechnen, so ergibt sich: Mittelbar werden bei Durchführung unseres Bauprogramms in Höhe von 250 Millionen Mark weitere 87,5 Millionen Mark (50 Prozent von 175 Millionen Mark) an Arbeiter als Löhne ausgezahlt. Nehmen wir an, die Auszahlung auch dieser Löhne erstrecke sich auf 20 Wochen, so würde diese Lohnsumme bei 30 Mark Wochenlohn die zusätzliche Beschäftigung von 146 000 Arbeitern ermöglichen. Diese Zahl ist für unsere Ueberlegung nicht ganz so wichtig: denn auch bei Vergebung von Aufträgen an die Großeisenindustrie werden mittelbar Arbeiter in Industrien mit hohen Lohnanteilen beschäftigt (zum Beispiel im Kohlenbergbau).

Für die Abwehr des Schlages, den Bankerotte in der Schwerindustrie für den Arbeitsmarkt bedeuten, können wir bei Durchführung eines Wohnungsbauprogramms in Höhe von 250 Millionen Mark unter unseren Voraussetzungen in erster Linie die neueingestellten 135 000 Bauarbeiter in Rechnung setzen, in zweiter Linie jene 146 000 Arbeiter der Baustoffindustrien.

Die Ankurbelung.

Wieso wird die Wirtschaft angekurbelt, wenn Mittel, die sonst anderweit verwandt worden wären, in der Bauwirtschaft Verwendung finden? Inwiefern grundsätzlich die Verschiebung von Kaufkraft die Wirtschaft ankurbelt, werden wir im Abschnitt „Finanzierung" besprechen, nachdem wir vorher die andere Wunde der deutschen Wirtschaft: das Großgrundeigentum, und die Möglichkeit der Heilung dieser Wunde betrachtet haben. Hier vorweg nur die folgenden besonderen Erwägungen:

1. Der unmittelbare Lohnanteil in der Bauwirtschaft ist größer als in den meisten anderen Wirtschaftszweigen.

2. In den Wohnungen sollen nach Fertigstellung Bauarbeiter wohnen und zwar eine Zeit lang *ohne Zahlung von Miete*. Diese Bauarbeiter können also während dieser Zeit von ihrem Lohn oder ihrer Unterstützung mehr andere Konsumgüter kaufen.

3. Neu erstellte Wohnungen sollen ferner an Arbeitslose *mietfrei* abgegeben werden, in erster Linie zum Beispiel an Familien mit besonders großer Kinderzahl und schlechten Wohnverhältnissen. Diese Familien sparen die bisherigen Ausgaben für Wohnungsmiete und können daher mehr andere Konsumgüter kaufen, was ankurbelnd auf die Konsumgüterindustrie wirkt.

Eine weitere für die Arbeiterschaft ersprießliche Wirkung würde sein, daß nach Erstellung neuer Kleinwohnungen die Mieten für diese allgemein sinken würden, wie das schon heute bei den Mieten großer Wohnungen der Fall ist. Die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft würde dadurch erleichtert.

Alle diese Wirkungen gehen in der Richtung auf Stärkung der Massenkaufkraft.

Die Wunde im Osten: das deutsche Großgrundeigentum.

Die Zahl der Großgrundeigentümer.

Wieviel Großgrundeigentümer gibt es in Deutschland? Die amtliche Statistik schweigt sich darüber aus. Sie stellt genauestens fest, daß es am 1. Dezember 1930 in Deutschland 3 504 355 (vierbeinige!) Schafe gab und davon 157 in Schaumburg-Lippe lebten. Die viel interessantere Frage, wieviel Großgrundeigentümer es in Deutschland gibt und wieviel Land sie besitzen, beantwortet das Statistische Reichsamt nicht. Die Frage ist eben viel *zu interessant*.

Wir besitzen eine ausgezeichnete private statistische Arbeit von Dr. Theodor Haebich: „Deutsche Latifundien." Ein Privatmann versucht hier natürlich mit unvollkommenen Mitteln – die Frage nach Zahl und Bedeutung der Großgrundeigentümer wenigstens teilweise zu beantworten. Nach Haebich besitzen 700 adlige Großgrundeigentümer mit mehr als je 1000 Hektar Eigentum zusammen 1½ Millionen Hektar landwirtschaftlich benutzte Fläche. Weitere 1000 Adlige besitzen rund 700 000 Hektar landwirtschaftlich benutzte Fläche. Auf diesem Land könnte man mindestens eine viertel Million Bauern ansiedeln und dadurch die Bevölkerung dieser Flächen verdoppeln bis verdreifachen.

Eine umfassendere Statistik, bei der allerdings land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche nicht getrennt angegeben werden, hat vor kurzem M. Rauterberg (in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik", Band 135, Heft 6, vom Dezember 1931) veröffentlicht. Hier seine Tabelle über das private Grundeigentum in Deutschland:

Größenklasse	Eigentümerzahl absolut	Eigentümerzahl in % der Privateigentümer	Fläche in 100 ha absolut	Fläche in 100 ha in % der Nutzfläche
weniger als 20 ha	3 616 043	91,9	11 998	28,8
20 bis 50 ha	241 222	7,5	7 300	26,0
50 bis 100 ha	52 751		3 510	
100 bis 1000 ha	20 993	0,6	4 812	11,5
mehr als 1000 ha	1 722		5 132	12,3
			32 752	

Weniger als ein halbes Tausendstel der Privateigentümer in Deutschland besitzen also 11,5 Prozent der land- und forstwirtschaftlichen Nutzfläche.

Die Durchschnittsgrößen der Besitztümer sind nach den gleichen Größenklassen geordnet wie oben:

3,3 ha, 30,5 ha, 66,5 ha, 244,5 ha, 2800 ha.

Die Folgen der Bodensperre auf dem Arbeitsmarkt.

Der Umstand, daß einige Tausend Familien große Flächen Land sperren, hat schwerwiegende und — wenn überhaupt — so nur schwer wieder gutzumachende Folgen.

Ohne Bodensperre könnte die landwirtschaftliche Bevölkerung Deutschlands statt 14 Millionen rund 28 Millionen Menschen betragen, ohne daß der Boden dadurch knapp würde.

Wenn die Bodensperre nicht bestanden hätte, wären im vorigen Jahrhundert große internationale und Binnenwanderungen längst nicht in dem Maße erfolgt, wie es die folgenden Zahlen andeuten: Aus Deutschland sind im

19. Jahrhundert: rund 5 Millionen Menschen sind nach den U.S.A. ausgewandert, vor allem aus dem Osten Deutschlands, dem Land der ostelbischen Junker. Von 1885 bis 1910 sind 2½ Millionen Menschen aus Ostelbien in die deutschen Industriegebiete gewandert.

Man kann sich kaum vorstellen, wie der deutsche Arbeitsmarkt etwa um die Jahrhundertwende ausgesehen hätte, wenn die Binnenwanderung nur im halben Ausmaß erfolgt wäre und die andere Hälfte der Wanderer auf Bauernstellen im Osten geblieben wäre. Sie hätten die Nachfrage nach Industrieprodukten vergrößert; gleichzeitig wäre die Reservearmee in den Städten völlig verschwunden gewesen. Es wären also zwei Unternehmer einem Arbeiter nachgelaufen, statt zwei Arbeiter einem Unternehmer. Die Gewerkschaften hätten große Reallohnerhöhungen leicht erkämpfen können. Das wiederum hätte die Wirtschaft krisenfester gemacht. Und so weiter.

Wodurch wird die Bodensperre aufrecht erhalten?

Die Bodensperre gründet sich seit Ende des vorigen Jahrhunderts keineswegs lediglich darauf, daß adlige Herren vor Jahrhunderten oder Jahrzehnten sich Land genommen haben. Ohne Brotgetreidezölle und andere Liebesgaben wären die Großgrundbesitzer der Konkurrenz der amerikanischen Farmer (das heißt: der von ihnen und ihren europäischen Kollegen vertriebenen europäischen Landbevölkerung!) längst erlegen.

Auch die sogenannte deutsche Revolution hat den Einfluß der Großgrundeigentümer auf die deutsche Politik nicht vermindert. Nach dem Krieg wirkte zunächst die Inflation wie eine Schutzzollmauer; außerdem wurden die Großgrundbesitzer ihre Schulden durch die Inflation los. Bald nach der Inflation erscholl von neuem der Ruf nach landwirtschaftlichen Schutzzöllen. Wir wissen, bis auf welche Sätze sie erhöht wurden sind. Das System von Maßnahmen, die zu Gunsten der Großagrarier ergriffen wurden, können wir hier nicht schildern. Man hat nichts unversucht gelassen, um dem deutschen Volk seine Großagrarier zu erhalten!

Dr. Sering schätzt die jährliche Subvention, die der Landbevölkerung (vor allem den Großgrundeigentümern) von den übrigen Bevölkerungsteilen gegeben wird, auf drei bis vier Milliarden Mark.

Das Ergebnis: Die Wunde im Osten verbreitert sich und greift auf den Westen über. Die Bauern, die Lieferanten und Gläubiger der Großgrundeigentümer werden in die Pleite mit hineingerissen. Die Großgrundeigentümer sind dem Zugriff ihrer Gläubiger entzogen. Ohne deren Zustimmung kann der zuständige Landrat die Schulden (vorläufig abgesehen von der ersten Hypothek) auf die Hälfte herabsetzen, den Zinsfuß auf 4½ Prozent. Bei Konkurs werden die Großgrundeigentümer selbst als Zwangsverwalter eingesetzt! Ihnen werden Kredite durch Gesetz zugesichert.

Die Städter müssen, weil die Getreidepreise auf dem Zwei- bis Dreifachen der Weltmarktpreise gehalten werden, für Brot viel ausgeben und können dann natürlich nur entsprechend weniger ausgeben für diejenigen Produkte, deren Verkauf die wichtigsten Posten unter den Einnahmen der Bauern ausmacht: Vieh und Viehprodukte. Die einseitige Getreidepolitik schädigt also mittelbar alle Bauern, ebenso alle Gärtner. Außerdem müssen viele Bauern bekanntlich Futtermittel zukaufen und werden dann auch unmittelbar durch die Getreidepolitik geschädigt.

Die Belastung der Bauernschaft wird anschaulich durch die nachstehende Berechnung, die wir der Schrift Dr. von Bissings: „Unerwünschte Folgen der deutschen Getreidepolitik", entnehmen:

„In Deutschland sind rund 5¼ Millionen landwirtschaftliche Betriebe vorhanden mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von über 0,5 Hektar. Sie umfassen 17,4 Millionen Hektar Ackerland. Davon entfallen auf die Betriebe von 0,5 bis 20 Hektar 3 Millionen Betriebe mit einer Ackerfläche von 9,2 Millionen Hektar. In diesen 3 Millionen Betrieben werden ⅔ der gesamten Rindvieh-, ¾ der gesamten Schweine- und ⅘ der gesamten Geflügelbestände gehalten. Für die Zwecke der tierischen Erzeugung werden in Deutschland schätzungsweise die nachstehenden Mengen an Futtergetreide und Getreideabfällen verbraucht:

Einfuhrüberschuß an Futtergerste, Hafer, Mais, Kleie	3,5 Millionen Tonnen
Zugekauftes Futtergetreide	1,6 Millionen Tonnen
Kleie, Futtermehl und andere Abfälle	4,1 Millionen Tonnen
Dem landwirtschaftlichen Betrieb selber entnommen	9,6 Millionen Tonnen
Im Ganzen etwa	18,8 Millionen Tonnen

Da von diesen Mengen nur 9,6 Millionen Tonnen im eigenen Betriebe erzeugt werden, müssen rund 9,2 Millionen Tonnen von den Landwirten zugekauft werden. Von den 9,6 Millionen Tonnen betriebseigenen Getreidefutters erzeugen unter Berücksichtigung ihrer Ackerfläche die Betriebe unter 20 Hektar schätzungsweise etwa 53 Prozent, also etwa 5,1 Millionen Tonnen. Da sie aber rund 75 Prozent der Produktion von Vieh und Viehprodukten herstellen, werden sie auch von dem gesamten Bedarf an Getreidefuttermitteln etwa 14 Millionen Tonnen benötigen, so daß sie rund 8,9 Millionen Tonnen aus inländischer und ausländischer Erzeugung zukaufen müssen."

Den Bauern wurden also die für die bäuerliche Veredelungswirtschaft notwendigen Rohstoffe übermäßig verteuert; denn um dem deutschen Roggen einen Absatz zu hohem Preis zu sichern, mußten diese Rohstoffe fast alle künstlich verteuert werden. (Ein Doppelzentner La-Plata-Mais kostete im Dezember a. verzollt im Hamburger Freihafen 5,94 Mark, Ende Februar 7,06 Mark; der Monopolpreis der Reichsmaisstelle beträgt für La-Plata-Mais seit dem 22. Dezember 1931 16,50 Mark, vorher betrug er 16 Mark.)

Kurz: Die Bodensperre wird heute nur aufrecht erhalten auf Kosten der Arbeiter und Bauern. Ohne ihre erhöhte Ausbeutung wäre das Großgrundeigentum schon vor dieser Krise längst zusammengebrochen, wäre eine Herrenklasse schon längst von der politischen und ökonomischen Bildfläche verschwunden, die wirtschaftlich zum Untergang reif ist und deren sozialer Standpunkt im 20. Jahrhundert nichts zu suchen hat.

Was tun?

Schluß mit den Subventionen an die Großgrundeigentümer! Auch hier gilt: Alle Mittel, die verfügbar sind, konzentrieren auf die Vergrößerung der Massenkaufkraft!

Die Senkung der Getreidezölle wird zur Folge haben: Getreide und damit Brot wird in Deutschland billiger. Deutsche Großgrundeigentümer machen in Massen Bankerott. Die deutsche Getreideernte sinkt, Getreide wird eingeführt; als Gegenwert können deutsche Industriewaren in die Getreideausfuhrländer eingeführt werden.

Wenn diesen Brotgetreide abgenommen wird, steigt natürlich ihre Kaufkraft; daß sie im Tausch gegen Getreide deutsche Waren kaufen, kann für den Uebergang durch Verträge gesichert werden. Das wäre besonders einfach für den Verkehr mit der Sowjetunion, weil in dieser ein Außenhandelsmonopol besteht; es ist aber auch anderen Staaten gegenüber durchführbar.

Wenn Brot in Deutschland billiger wird, steigt die Kaufkraft der Massen für andere Produkte; das kommt unter anderem sofort den deutschen Bauern zu gute.

Angebliche Gefahren unseres Plans.

1. Kann die deutsche Landwirtschaft bei sinkenden Getreidepreisen überhaupt noch existieren? Gehen nicht mit den Großgrundeigentümern die Bauern zu Grunde?

Dank der geschickten und eindringlichen großagrarischen Propaganda weiß die deutsche Bevölkerung nicht, daß der Erlös der deutschen Landwirte aus dem Getreideverkauf für das Gedeihen der deutschen Landwirtschaft keineswegs entscheidend ist. Er macht im Durchschnitt der letztvergangenen drei Erntejahre nur 19 Prozent des Gesamterlöses aus.

Wer kennt in Deutschland auch nur annähernd die folgende Berechnung des Deutschen Instituts für Konjunkturforschung?

Verkaufserlöse für wichtige landwirtschaftliche Produkte in Millionen Mark:

	1928/29	1929/30	1930/31	(Vorschätzung) 1931/32
Getreide	1 734	1 761	1 589	1 400
Kartoffeln	481	361	337	350
Vieh	4 118	4 149	3 491	3 900
Milch	2 000	1 834	1 668	
Eier	302	295	287	240
Zucker	484	510	506	570
Weinmost	200	117	119	
Tabak	20	19	18	
	9 339	9 046	8 015	6 460

(Zahlen für 1928/29 bis 1930/31 nach: „Wochenberichte des Instituts für Konjunkturforschung" Nr. 37, vom 9. Dezember 1931.)

Der Erlös aus dem Verkauf von Vieh und Viehprodukten ist also mehr als dreieinhalbmal so groß wie der aus Getreideverkauf. Allein schon der Erlös aus dem Milchverkauf ist wichtiger.

Aber natürlich werden auch die Bauern für Getreide nach Durchführung unseres Plans weniger erhalten. Darauf beruht die zweite angebliche Gefahr unseres Plans.

2. Können die Landwirte einen Mindererlös aus Getreide durch Mehrerlös aus anderen Produkten wettmachen?

Auf Grund der Angaben des deutschen Konjunkturforschungsinstituts läßt sich leicht errechnen: Wenn die deutschen Landwirte für das im Erntejahr 1930/31 verkaufte Getreide nur den Weltmarktpreis, also nur 45 Prozent des tatsächlichen Erlöses, erzielt hätten, so hätte das eine Mindereinnahme von 874 Millionen Mark bedeutet. Wenn die Landwirte im Wirtschaftsjahr 1930/31 Kartoffeln, Vieh und Viehprodukte zum selben Preis wie im Vorjahr hätten verkaufen können, so hätten sie daran eine Mehreinnahme von 1308 Millionen Mark erzielt. Die Landwirte hätten sich also insgesamt um 434 Millionen Mark besser gestanden, wenn Herr Schiele für Erhaltung jener Preise statt der Getreidepreise gesorgt hätte. In Wirklichkeit wäre die Mehreinnahme der Landwirte noch viel größer gewesen. Denn sie hätten dann, statt Getreide zu bauen, die Erzeugung anderer Produkte erweitert. Außerdem wären ihre Selbstkosten

durch die Senkung der Futtermittelpreise ermäßigt worden. Die Landwirtschaft, als Ganzes betrachtet, könnte einen Mindererlös aus Getreideverkauf also sehr leicht wettmachen – freilich nicht die Großbetriebe, wie sie heute wirtschaften und bei Weiterführung der heutigen Wirtschaftspolitik weiterwirtschaften werden.

3. Würde die geforderte Umstellung der deutschen Agrarpolitik nicht die deutsche Handelspolitik unerträglich belasten?

Sehen wir davon ab, daß gerade dann, wenn die deutsche Bevölkerung aus Kanada oder Argentinien oder Rußland Weizen kauft, die dortigen Farmer beziehungsweise die Sowjetunion aus Deutschland Industriewaren kaufen können, eine Mehreinfuhr von Getreide also durch eine Mehrausfuhr von Industrieprodukten bezahlt werden könnte.

Nehmen wir ferner an, in Deutschland würde nicht mehr ein einziger Zentner Weizen für den Verkauf angebaut! Dieselbe Menge Weizen, die von den deutschen Landwirten im Erntejahr 1930/31 für 622 Millionen Mark verkauft wurde, konnte man während dieses Jahres für höchstens 300 Millionen Mark im Ausland kaufen. Das hätte die deutsche Handelsbilanz allerdings belastet. Aber: Wer den deutschen Bauern und Gärtnern statt den Großgrundbesitzern hilft und sie dabei unterstützt, die Produktion von Gemüse, Obst und Viehprodukten auszudehnen (die natürlichen Voraussetzungen dazu sind gegeben), der hat weit größere Möglichkeiten, die Handelsbilanz zu entlasten. Ich nenne nur einige wichtige Einfuhrposten:

Einfuhr bäuerlicher Produkte nach Deutschland in Millionen Mark:

	1930	1931
Gemüse	115	88
Obst	203	163
Fleisch	135	69
Butter	377	220
Käse	89	63
Eier	228	182
	1 145	785

Um jene Belastung von 300 Millionen Mark auszugleichen, hätte es 1930 ausgereicht, die Einfuhr der angeführten Posten um 26 Prozent zu kürzen; selbst 1931, bei infolge der Krise stark geschrumpfter Einfuhr, hätte eine Kürzung dieser Posten um 38 Prozent genügt. Eine Belastung in jener Höhe würde zudem ja nur eintreten, wenn der Weizenverbrauch in Deutschland gleich bliebe und die Produktion für den Markt völlig eingestellt würde.

Der deutschen Landwirtschaft werden von ihren deutschen Konsumenten jährlich drei bis vier Milliarden Mark als Subvention gegeben, vor allem durch überhöhte Preise, aber auch durch Zuwendungen aus Steuermitteln. Wenn diese riesige Summe anders ausgenutzt worden wäre als vorwiegend zur Erhaltung bankerotter Großgrundbesitzer, so wären die deutschen Bauern schon längst so weit, daß sie nicht nur für 300 Millionen Mark zusätzlich Butter, Käse, Eier u. s. w. für den Markt produzieren könnten, sondern weit mehr.

Wer wirklich die deutsche Handelsbilanz entlasten will, muß sofort mit dem Abbau der Getreidezölle und der übrigen Subventionen für die Großgrundbesitzer beginnen. Man braucht nur einen Teil der so frei werdenden Subventionen den Bauern und neu anzusetzenden Siedlern zufließen zu lassen — das wäre bereits genug, um der Bauernschaft neue Kraft zuzuführen.

Die Gefahren unseres Plans.

1. Der Bankerott von Großgrundeigentümern hat schwerwiegende Folgen für deren Gläubiger.

Der Fall liegt grundsätzlich genau so wie bei der Schwerindustrie. Es handelt sich um eine Operation auf Leben und Tod. Die Krankheit ist viel älter als im Fall der Schwerindustrie, die Operation darum schwieriger und gefährlicher.

Unter den Hypothekengläubigern der Großgrundeigentümer befinden sich leider gerade die kleinen und kleinsten Sparer. Deutsche Sparkassen und Versicherungsanstalten und auch einzelne kleine Sparer haben erhebliche Teile ihres Vermögens in landwirtschaftlichen Hypotheken angelegt (zum großen Teil mittelbar durch Pfandbriefkauf.)

Auf Grund verschiedener Statistiken und Schätzungen kann man annehmen, daß die ostdeutschen landwirtschaftlichen Großbetriebe mit insgesamt 2,6 Milliarden Mark verschuldet sind und davon rund 1 Milliarde Mark auf Hypothekenschulden entfällt.

Nehmen wir an, diese sämtlichen Großbetriebe östlich der Elbe machten nunmehr, nachdem kurzfristige Kredite durch Osthilfemittel teilweise umgeschuldet worden sind, gleichzeitig offen bankerott. Weder der Staat noch die neu anzusetzenden Siedler können alle Schulden der Großgrundeigentümer auf sich nehmen. Es scheint aber wohl möglich, daß der Staat für die ersten Hypotheken (also die Unterlage für die Pfandbriefausgabe) wenigstens zum Teil einsteht und sich nach mehreren Uebergangsjahren wegen Tilgung und Verzinsung dieser Hypotheken an die neu anzusetzenden Siedler hält. Eine Uebernahme von Schulden durch die Siedler kommt nur in Frage, soweit Sachwerte (Gebäude, Geräte, Vieh) dafür übernommen werden. Im übrigen durch Schuldenabschreibung reinen Tisch zu machen und Verlorenes verloren zu geben, nur das wird freie Bahn für den Wiederaufbau Ostdeutschlands schaffen.

Klar ist jedenfalls: Wenn dieser Wiederaufbau nicht gleichzeitig durch Siedlung in Angriff genommen wird, würde die Herabsetzung des Brotpreises alle Gläubiger der Großgrundeigentümer ziemlich restlos enteignen. Insbesondere, weil dadurch in vielen Fällen die Massenkaufkraft beschnitten würde, empfiehlt es sich, daß die Siedler einen Teil der Schulden übernehmen. Im übrigen kann der Staat höchstens die schlimmsten Härten mildern.

2. Der Bankerott von Großgrundeigentümern hat schwerwiegende Folgen für deren Landarbeiter.

Durch geeignete Organisation der Siedlungsaktion kann verhindert werden, daß Landarbeiter, die von bankerotten Großgrundeigentümern entlassen werden, den Arbeitsmarkt belasten. Das Land soll ja nicht brach liegen bleiben. Zum Teil wird es freilich rentabler Weise nur sehr extensiv (mit wenig Arbeits- und Kapitalaufwand auf der Fläche) bearbeitet werden; auch die Aufforstung kommt für gewisse Gebiete unter diesem Gesichtspunkt in Frage. — Ein anderer Teil ehemaligen Großgrundeigentums kann unter Heranziehung der einheimischen Landarbeiter sofort besiedelt und damit intensiverer Bewirtschaftung zugeführt werden.

Also auch um der Landarbeiter willen muß gleichzeitig damit, daß den Großgrundeigentümern Subventionen entzogen werden, als Gegenstoß eine großzügige Siedlungsaktion beginnen.

Siedlung.

Die Vorbedingungen.

Wir haben bereits in dem Abschnitt: „Die Wunde im Osten" nachgewiesen, daß zwei Bedingungen für eine umfangreiche Siedlungsaktion in Deutschland gegeben sind:

Es ist genügend Boden vorhanden, um statt 14 Millionen 28 Millionen Menschen in Landwirtschaft und Gartenbau zu ernähren, ohne daß der Boden dadurch knapp würde.

Die Produkte der Siedler könnten Absatz finden. Denn erstens würde infolge der Getreidepreissenkung die Kaufkraft der Massen für andere Produkte steigen; davon hätten unter anderen die deutschen Bauern sofort einen Vorteil. Zweitens: Gegenwärtig wird, wie unsere Tabelle auf Seite 31 zeigt, ein großer Teil der in Deutschland verbrauchten bäuerlichen Erzeugnisse eingeführt. Diese Einfuhr könnte dann durch inländische Produktion teilweise ersetzt werden. Das zu erreichen, wird möglich, aber nicht leicht sein. Denn es gilt nachzuholen, was Bauernländer wie Dänemark und Holland an Tradition und Erfahrung voraus haben. Dazu ist Schulungsarbeit und vorübergehende staatliche Unterstützung notwendig.

Auch Menschen, die unter primitiven Anfangsbedingungen siedeln wollen, wenn ihnen der Staat die Mittel dazu gibt, sind genug vorhanden. Es wird darauf ankommen, die Geeigneten auszuwählen; Landarbeiter, zweite und dritte Bauernsöhne und schließlich auch Städter, möglichst solche, die vom Lande stammen und mit landwirtschaftlicher Arbeit vertraut sind, — Menschen, die bereit sind, jahrelang, jahrzehntelang streng zu arbeiten, um sich eine sichere Existenz zu erkämpfen.

Die Kosten einer neuen Siedlerstelle.

Die gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften haben Siedlerstellen für 40—60 000 Mark abgegeben. Die hohen Kosten beruhen in der Hauptsache auf folgenden Umständen:

1. Die großen Besitzungen wurden teuer gekauft, zu 1000 Mark pro Hektar und mehr.

2. Die Stellen wurden sehr groß angelegt (zum Teil über 20 Hektar).

3. Wohnhaus, Stall und Scheune, Gartenzaun und Obstbaum, alles wurde schlüsselfertig hingestellt.

4. Das Siedlungsverfahren und die Zwischenverwaltung bis zur Abgabe an den Siedler waren, vor allem infolge eines großen Beamtenapparates, sehr teuer. Die Siedlungsgesellschaft „Eigene Scholle" hat im Geschäftsjahr 1924/25 nur 54 Siedler angesetzt und beschäftigte dabei 31 Beamte; jede Stelle war mit 3500 Mark Geschäftsunkosten belastet.

Neuerdings sind zum Beispiel in Mecklenburg Stellen von 15 Hektar für 22 000 Mark abgegeben worden. Gerade die mecklenburgischen Erfahrungen zeigen, wie eine Verbilligung möglich ist (womit nicht gesagt sein soll, daß diese Erfahrungen allgemein als Richtlinie dienen sollen). Das Aufsiedlungsverfahren wurde dort so beschleunigt, daß die Familien nach drei Monaten ihre Stellen übernehmen konnten. Vor Beginn der Siedlung waren eine oder mehrere geschlossene Gruppen von Siedlern vorhanden, die Vereinbarungen über das ganze Gut trafen und selber bei den Aufteilungsarbeiten mit halfen. Dabei erwies sich als entscheidend wichtig, daß in der Siedlergruppe ein Bauer ist, der den Durchschnitt der Siedler überragt und von ihnen als Führer anerkannt wird. Es ist möglich, daß er selber in seiner westdeutschen Heimat unter Heranziehung von Freunden und Bekannten eine

Siedlergruppe für den Osten zusammenstellt. Im Siedlungsdorf ist es dann seine Aufgabe, die ansässigen und ortskundigen Gutsarbeiter, vielleicht auch manche der Gutsbeamten, in den Kreis der Siedler hineinzuziehen. (Ueber die Erfahrungen in Mecklenburg vergleiche: „Aufgaben und Formen der bäuerlichen Ostsiedlung." Flugschriften der Reichsstelle für Siedlerberatung, Berlin W 8, Leipziger Platz 17.)

Die Siedler müssen von vornherein genossenschaftlich zusammengefaßt werden, zur Benutzung der vom Großbetrieb her vorhandenen Einrichtungen, Maschinen und Geräte, und für den Absatz.

Es ist durchaus möglich und für den Anfang sogar gut, daß nicht sofort alle Siedlerstellen an einzelne abgegeben werden, sondern mindestens ein Teil des Landes vorübergehend genossenschaftlich bestellt wird unter Leitung eines geschulten Landwirtes. Erfahrungen über die genossenschaftliche Anteilsiedlung hat OPPENHEIMER auf den Gütern Bärenklau und Lüdersdorf gemacht. (Vergleiche die Jahresberichte der Gemeinnützigen Siedlungs-Treuhandgesellschaft m. b. H., Berlin W 15, Lietzenburger Straße 28.) In Form der Genossenschaft können auch bankerotte Großbetriebe von den ansässigen Landarbeitern unter Leitung eines Gutsbeamten so lange extensiv (zum Teil extensiver als bisher) weitergeführt werden, bis das Gut in Siedlungsstellen aufgeteilt werden kann.

Für die Kosten einer Siedlungsstelle geben wir im Folgenden eine rohe Berechnung. Ein Reichsdurchschnitt besagt im Grunde wenig, da für die einzelnen Länder und Provinzen ganz verschiedene Siedlungsprogramme aufgestellt werden müssen. Außer der Ostsiedlung kommt zum Beispiel sehr wohl landwirtschaftliche und gärtnerische Siedlung in dichtbewohnten Gegenden in Frage. Dort können marktgünstig gelegene Siedlerstellen errichtet werden; auf ihnen können Siedler leichter vorankommen als im Osten. (Vergleiche die Schrift: „Wer will mit uns siedeln?" Deutsche Dorfmarksiedlung e. G. m. b. H., Mönchshof, Meiningen-Land. Siehe dort genaue Kosten-, Ertrags- und Rentabilitätsberechnungen für je eine Stelle von 5 und 2 Hektar.)

Unsere rohe Berechnung geht von den folgenden *Voraussetzungen* aus: 1 Hektar Land mit Gebäuden wird ungefähr zum Wert der ersten Hypothek gekauft (die Pfandbriefbesitzer würden dabei also nichts verlieren; es würden lediglich an die Stelle eines sicher faulen Schuldners andere wirtschaftlich lebensfähigere Schuldner treten.) Dieser Betrag bleibt am einfachsten — wenigstens zunächst — als Hypothek zu Lasten einer Genossenschaft der Siedler im Grundbuch eingetragen. Die Ablösung von Schul- und sonstigen Lasten, die bei Aufteilung von Gütern besondere Schwierigkeiten zu machen pflegt, wird vertagt und geschieht später in Rentenform. Die Hälfte der Siedler behilft sich zunächst in vorhandenen Gebäuden. Neue Bauten werden in primitivster Form erstellt, ausbaufähig; die Siedler legen selber mit Hand an. Zu Gunsten der Siedler und ihrer arbeitsfähigen Familienangehörigen werden in der Uebergangszeit die für freiwilligen Arbeitsdienst zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt. Das meiste Inventar wird aus den bankerotten Gutsbetrieben billig übernommen.

Unter diesen Voraussetzungen würde eine *Stelle von 8 Hektar* roh gerechnet im Durchschnitt kosten:

Land und Gebäude	2400 Mark
Baukosten	2500 Mark
Inventar	2000 Mark
Betriebskapital, Sonstiges	1000 Mark
Aufsiedlungskosten	500 Mark
	8400 Mark

2400 Mark sind eine Schuld an die Hypothekengläubiger des Vorbesitzers und brauchen zunächst nur verzinst zu werden. Die Zinsen müßte für die ersten Jahre wohl der Staat vorschießen. Etwa vereinbarte Tilgung könnte zwangsweise verschoben werden.

2500 Mark bedeuten eine Ankurbelung der Bauwirtschaft.

2000 Mark gehen teils an die Gläubiger von Großgrundeigentümern, teils an Viehzüchter und Händler.

1000 Mark werden nach und nach benötigt; der Betrag wechselt nach der Jahreszeit, in der die Stelle übernommen wird.

500 Mark fließen an Beamte, sachverständige Berater, Landmesser u. s. w.

Der Staat müßte, sofern völlig mittellose Familien angesiedelt werden, also rund 6000 Mark für die Stelle vorschießen. Nach einigen Schonjahren kann diese Summe verzinst, später auch langsam getilgt werden.

Mit 250 Millionen Mark könnten — unter Zurückbehaltung einer Reserve — also 40 000 mittellose Siedlerfamilien angesetzt werden.

In bäuerlichen Kreisen sind vielfach immer noch Reserven vorhanden; sie würden zum Aufbau einer neuen Existenz für Sohn und Enkel wohl zum Teil angegriffen werden. Daher würden die vom Staat aufzubringenden Mittel voraussichtlich geringer sein.

Anliegersiedlung.

Die vorstehende Berechnung gilt für den finanziell ungünstigsten Fall, daß große Besitzungen lediglich im Wege der Neusiedlung besiedelt werden müssen.

In sehr weitem Umfang wird jedoch Anliegersiedlung möglich sein, das heißt: Die Zuweisung von Land an anliegende Zwergbetriebe, die dadurch zu Kleinbauernbetrieben („selbständigen Ackernahrungen") werden. In vielen Fällen entstehen dabei überhaupt keine Baukosten. Welche Mittel für Erweiterung von Gebäuden, für die Ergänzung von Inventar und Betriebskapital erforderlich sind, läßt sich nur von Dorf zu Dorf entscheiden. Die notwendigen Mittel dürften zwischen 10 und 50 Prozent der zur Finanzierung von Neusiedlungen sofort aufzubringenden Mittel schwanken und können wohl zu einem besonders großen Teil aus Eigenersparnissen der Bevölkerung aufgebracht werden.

Die Wirkung auf den Arbeitsmarkt.

Die Bauarbeiten wirken belebend auf den Baumarkt. Unsere rohe Berechnung ergibt, daß von 250 Millionen Mark 100 Millionen Mark für Bauten ausgegeben werden. Der Anteil, der von dieser Summe auf Arbeitslohn entfällt, wird geringer sein als bei städtischen Bauten, weil die Siedler ja mit Hand anlegen sollen. Schätzen wir ihn auf 25 Prozent (statt 30 Prozent bei städtischen Bauten), so würden also unmittelbar 25 Millionen Mark an Bauarbeiter als Löhne fließen. Das bedeutet eine Einstellung von über 40 000 Bauarbeitern auf durchschnittlich 20 Wochen. (Vergleiche die genaue Berechnung im Abschnitt: „Ankurbelung der Bauwirtschaft", Seite 25.)

Wenn wir den ungünstigen Fall annehmen, daß zur Hälfte ortsansässige Landarbeiter-Familien angesiedelt werden, so würden bei der Ansetzung von insgesamt 40 000 Siedlern 20 000 ortsfremde Familien zuziehen; das sind mehr als 40 000 Arbeitskräfte. Soweit diese nicht bisher arbeitslos waren, sondern zum Beispiel auf dem elterlichen Bauernhof mitgearbeitet haben, werden dort in den meisten Fällen neue Arbeitskräfte eingestellt werden. Insgesamt wird also der Arbeitsmarkt wohl um mindestens 30 000 Arbeitskräfte entlastet.

Sehen wir davon ab, daß auch die Beschaffung von Vieh, Inventar und Baustoffen günstige Wirkungen auf den Arbeitsmarkt ausübt. Als unmittelbare Wirkungen sind zu erwarten:

Entlastung um 30 000 Arbeitskräfte auf die Dauer.

Entlastung um 40 000 Arbeitskräfte für 20 Wochen.

Siedlung schafft neuen Markt.

Die neuen Bauernbetriebe würden — nach einer Uebergangszeit — für Handwerk und Gewerbe dauernd einen Auftrieb geben und auf diese Weise neue Märkte schaffen. Die landwirtschaftliche Siedlung führt zu einer Ansiedlung der Bevölkerung.

In welchem Umfang das möglich ist, zeigen die Vorkriegserfahrungen. Von zwei Mittelstädten in der Provinz Posen, Gnesen und Rawitsch, wurde Gnesen mit neuen Ansiedlungen umgeben und Rawitsch nicht. Die Bevölkerungsziffer dieser beiden Städte entwickelte sich folgendermaßen:

	1885	1905	
Gnesen	15 775	23 726	+ 51 %
Rawitsch	12 919	11 404	— 12 %

Eine ähnliche unterschiedliche Entwicklung zeigen zwei andere kleine Orte, Jannowitz und Zerkow, nachdem in der Umgebung von Jannowitz gesiedelt wurde:

	1885	1905	
Jannowitz	1 215	1 891	+ 56 %
Zerkow	1 924	1 631	— 15 %

Diese Untersuchungen sind auf je sieben weitere Städte ausgedehnt worden und haben, während die Nichtansiedlungsstädte insgesamt nur 8 Prozent Bevölkerungszuwachs aufwiesen, für die Ansiedlungsstädte einen solchen von 47 Prozent ergeben. Die Zahl der selbständigen Handwerksmeister vergrößerte sich in den Jahren 1885 bis 1905 in den Ansiedlungsstädten um 30 Prozent. Die Spareinlagen stiegen in sechs der sieben Städte um 235 Prozent.

Siedlung als Gegenstoß.

Wenn 250 Millionen Mark zum Bau von Wohnhäusern statt zur Finanzierung der Siedlung verwandt worden, kann der Arbeitsmarkt freilich im Augenblick stärker entlastet werden: unmittelbar um 125 000 Arbeitskräfte auf zwanzig Wochen, statt um 70 000 Arbeitskräfte. Trotzdem sollten mindestens eben so viele Mittel zum Aufbau landwirtschaftlicher und gärtnerischer Siedlungen zur Verfügung gestellt werden wie zum Bau von Wohnhäusern. Denn die landwirtschaftliche Siedlung ist notwendig als Gegenstoß gegen die schädliche Wirkung des Bankerotts von Großgrundeigentümern:

Durch Siedlung wird vermieden, daß infolge dieses Bankerotts Landarbeiter neu auf den Arbeitsmarkt drücken, daß die Handelsbilanz verschlechtert wird, und daß Sparer, die mittelbar oder unmittelbar ihre Ersparnisse in Hypotheken auf Großgrundeigentum angelegt haben, diese Ersparnisse völlig verlieren.

Stärkung der Massenkaufkraft durch Senkung des Brotpreises ist nur möglich, wenn man diese Gefahren heraufbeschwört; sie zu bannen, ist nur möglich durch Siedlung.

Die Finanzierung.

Welche Reserven sind vorhanden?

Welche Reserven stehen zur Verfügung, um das Bau- und Siedlungsprogramm, den doppelten „Gegenstoß", durchführen zu können? Wir können nach den bisherigen Untersuchungen kurz zusammenfassen:

1. Die **Produkte der Schwerindustrie**, vor allem Eisen und Kohle, können wesentlich billiger verkauft werden, sobald eine Reihe großer Unternehmungen bankerott gemacht hat und damit — ökonomisch gesehen — vom Erdboden verschwunden ist. Die übrigen Unternehmungen könnten dann voll ausgenutzt werden und infolgedessen mit wesentlich niedrigeren Selbstkosten produzieren. Diese Entwicklung kann sehr rasch erzwungen werden durch Einstellung der vielerlei Subventionen, die heute der Schwerindustrie zufließen.

2. Das **Brot** kann wesentlich verbilligt werden, dadurch, daß deutsche Arbeiter Industrieprodukte herstellen und diese im Austausch gegen Getreide nach Rußland und Amerika geliefert werden. Das ist nur möglich um den Preis des Bankerotts von Großgrundeigentümern, der sofort eintritt, wenn ihnen Subventionen entzogen werden.

3. Bisher für **Subventionen** an Schwerindustrielle und Großgrundeigentümer verwandte laufende Staatseinnahmen können — soweit sie noch eingehen! — anderweit verwandt werden. Auf die 4½prozentige steuerfreie Reichsbahnanleihe waren bis zum 7. März erst 108 Millionen Mark eingezahlt; die restlichen 138 Millionen Mark sollten zu Nützlicherem verwendet werden als zu Aufträgen an die Schwerindustrie. An den **Rüstungsausgaben** können sofort Abstriche vorgenommen werden. Eine **Verwaltungsreform**, durch die ein großer Teil des heutigen Beamtenapparats abgebaut und nützlicherer Tätigkeit zugeführt werden könnte, sollte alsbald begonnen werden, gerade weil die hier liegenden Reserven nicht auf einen Schlag freigemacht werden können.

4. Eine weitere Reserve, und nicht die unwichtigste, ist die heute brachliegende **Arbeitskraft** von 6 Millionen Arbeitern und die zur Zeit aufgebrachten Mittel zur Erwerbslosenunterstützung (etwa 3 Milliarden Mark jährlich).

Wie können die Reserven ausgenutzt werden?

Es wäre keineswegs richtig, wenn der Staat alle diese Reserven an sich zöge, zum Beispiel durch eine Materialsteuer, die so abgestuft wäre, daß die Preise für Eisen, Kohle und Brot für die Konsumenten so hoch blieben wie zuvor. Gewiß könnte der Staat dann zum Beispiel durch Heraufsetzung der Erwerbslosenunterstützung oder durch Senkung von Massensteuern die Massenkaufkraft heben. Das würde eine Umleitung von Kaufkraft auf Konsumgüter zur Folge haben; die Konsumgüterindustrien würden dadurch angekurbelt werden.

Zum Teil geht diese Ankurbelung aber viel reibungsloser von statten, wenn der Staat die Konkurrenz zur Preissenkung wirksam werden läßt; sobald Konsumgüter billiger geworden sind, kaufen die Konsumenten mehr Güter als vorher.

Allerdings ist es notwendig, daß der Staat konzentriert Mittel einsetzt zur Belebung der Bauwirtschaft und zur Einleitung der Siedlungsaktion.

Im einzelnen gilt für die Ausnutzung der vorhin genannten Gruppen von Reserven:

1. Zum Bau sind **Produkte der Schwerindustrie** notwendig. Ihre Verbilligung verbilligt das Bauen und außerdem fast alle Produkte des täglichen Bedarfs.

2. Die Verbilligung von **Brot** macht es den Massen in der Stadt möglich, mehr bäuerliche Produkte (Vieh, Milch, Butter, Eier, Gemüse, Obst) als zur Zeit zu kaufen und auch höhere Preise für sie zu bezahlen. Für die Bauern kann dadurch der Schlag, den die Herabsetzung der Getreidepreise auch für sie bedeutet, *leicht* wettgemacht werden (die genaue Berechnung darüber s. S. 30.)

3. Die Mittel, die heute unmittelbar aus der Staatskasse oder auf Veranlassung der Regierung von der Reichsbank an Großgrundbesitzer und Schwerindustrielle als **Subventionen** fließen, ferner die an den **Rüstungsausgaben** eingesparten Mittel können umgeleitet und zur Finanzierung von Bauten benutzt werden. Wenn die so verfügbaren Mittel zusammen mit den frei werdenden Unterstützungsgeldern nicht ausreichen, käme durchaus eine „kleine Inflation" in Frage. Sie würde bedeuten: eine Besteuerung aller Gläubiger einschließlich der kleinen Sparer, und der Bezieher fester Geldeinkommen einschließlich der Arbeiter. Sie wäre *nicht* mit einer Steigerung des Preisstandes verbunden, weil ja durch die von uns vorgeschlagenen Eingriffe entscheidend wichtige Kartellpreise und Nahrungsmittelpreise gesenkt werden.

4. Auch die Reserven an brachliegender **Arbeitskraft** können in besonderer Weise eingesetzt werden: zu einem Lohn, der nicht voll in bar ausgezahlt, sondern zum Teil für künftige Miete in den zu erstellenden Wohnungen gutgeschrieben wird. Aehnliches ist möglich bei Benutzung der bestehenden Vorschriften für den „freiwilligen Arbeitsdienst" zum Aufbau von Siedlungen. Der häufig in der Oeffentlichkeit erörterte Gedanke, daß *von* Arbeitslosen *für* Arbeitslose produziert werden solle, kann so in unser Programm eingeordnet werden.

Wenn die verfügbaren Mittel auf Bauarbeiten in Stadt und Land konzentriert werden, so wird die übrige Wirtschaft mittelbar angekurbelt werden. Denn wenn mehr Arbeiter Arbeit haben und Getreide- und Kartellpreise gesenkt werden, dann steigt die Massenkaufkraft gleichzeitig aus zwei Gründen; dann werden infolgedessen mehr Konsumgüter aller Art nachgefragt, und die Arbeiter, die nicht in der Bauindustrie dank besonderer Finanzierung eingestellt werden, werden dank der dann wieder in Gang gesetzten automatischen Finanzierung in anderen Berufen Arbeit finden. Das kann sogar sehr rasch der Fall sein.

Grundsätzliche Schwenkung in der Wirtschaftspolitik!

Das vorstehend kurz skizzierte Programm ist aufgestellt auf Grund der Erfahrungen aus früheren Krisen, in denen automatisch durch Senkung der Preise das Masseneinkommen stieg und zusammen mit der Senkung mancher Kosten die Wiederbelebung der Wirtschaft in Gang brachte. Die Belebung ging damals von der Bauwirtschaft aus.

Daß wir heute durch Mittel der *Wirtschaftspolitik* eingreifen müssen, kommt nur daher, daß der genannte Automatismus durch andere Mittel der *Wirtschaftspolitik:* insbesondere durch Stützung der Kartelle, durch Zoll- und Subventionspolitik und Lahmlegung der Wohnungswirtschaft funktionsunfähig gemacht worden ist. Die vorgeschlagenen Maßnahmen bedeuten also eine *grundsätzliche* Schwenkung der bisher in Deutschland angewandten Wirtschaftspolitik.

Sie ist trotz aller Verflechtung Deutschlands in die Weltwirtschaft möglich, ja sie kann sogar international zu einer Schwenkung der Wirtschaftspolitik führen, was hier im einzelnen aus Raummangel nicht ausgeführt werden kann.

Es kommt national und international auf dasselbe an zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit: auf Stärkung der Massenkaufkraft — bei europäischen Industriearbeitern wie bei chinesischen Kulis, bei amerikanischen Farmern wie bei indischen Bauern.

Nur eine Verschiebung von Kaufkraft?

Wir sind uns darüber klar, daß nur durch Stärkung der Massenkaufkraft die Krise überwunden werden kann. Wer sich dieser entscheidenden Einsicht verschließt — sei es aus Dummheit, sei es aus Klasseninteresse — der kann natürlich nicht verstehen, daß durch eine — wie Gegner sagen — „bloße" Verschiebung von Kaufkraft die Krise gemildert und bei planmäßiger Wirtschaftspolitik — die der bisher durchgeführten genau entgegengesetzt ist — behoben werden kann. Für ihn ist Kaufkraft Kaufkraft, gleichgültig, wer sie hat und ausübt. Der sagt dann über Arbeitsbeschaffungspläne, wie die „Frankfurter Zeitung" am 31. Januar in einem Leitartikel sagt:

> „Es ist klar, daß man Arbeit nicht beschaffen kann, indem man für die Finanzierung dieser Arbeiten Steuern oder Abgaben irgendwelcher Art bereitstellt. . . . man kann keine wirklich zusätzlichen Aufträge erteilen, indem man Mittel, die sonst vom Staat oder von Privaten zum Ankauf von Waren verwendet worden wären, zum Ankauf anderer Waren benutzt. Denn was man an der einen Stelle an neuen Aufträgen gibt, das wird . . . an einer anderen Stelle an Aufträgen entzogen."

Das ist natürlich richtig. Und wir bedanken das sehr wohl. Es kommt nämlich gerade „nur" auf eine Verschiebung von Kaufkraft an.

Auch heute wird Kaufkraft „nur" verschoben. Das Einkommen der Massen wird zum Beispiel durch Steuern verkürzt; mit den so gewonnenen Mitteln wird die Schwerindustrie subventioniert, damit sie ja weiter ihre Preise hochhalten kann, wodurch die Massenkaufkraft weiterhin niedrig gehalten wird; ähnlich werden die Großgrundeigentümer vor dem offenen Bankerott bewahrt, indem durch vielerlei Maßnahmen den Massen Kaufkraft entzogen und auf die Großgrundeigentümer verschoben wird. Man tut so heute alles, was man tun kann, um die Krise zu verschärfen, — und zwar „nur" durch Verschiebung von Kaufkraft!

Wir schlagen zur Wiederankurbelung der Wirtschaft nun auch „nur" eine Verschiebung von Kaufkraft vor, allerdings in entgegengesetzter Richtung: Der Schwerindustrie und dem Großgrundeigentum sollen Subventionen entzogen werden; die Preise ihrer Produkte werden fallen, wodurch sofort die Kaufkraft der Masseneinkommen steigt. Darüber hinaus sollen zwecks Abwehr der Gefahren jener einschneidenden Maßnahmen und zur weiteren Steigerung der Kaufkraft der Massen alle frei werdenden Mittel verwandt werden auf die Ankurbelung *einer* Konsumgüter-Industrie. Wir schlagen dafür die Bauwirtschaft vor, unter anderem deshalb, weil sie in ihr Subventionen besonders rasch in Arbeiterlöhne umsetzen. Wer „nur" diese Verschiebung von Kaufkraft vornimmt, der tut alles, um die Krise zu überwinden.

Gerade auf die Verschiebung von Kaufkraft kommt es an! Gerade auf das also, was bürgerliche Stellen als unwirksam bezeichnen. Wir wollen nicht müde werden, diesen Grundfehler aufzudecken, deshalb, weil er auch auf Seiten von Sozialisten vielfach nicht als solcher erkannt wird. Nur auf Grund einer von Fehlern bereinigten Theorie aber kann die sozialistische Arbeiterschaft Maßnahmen ergreifen, die aus dieser Krise, und weiter: die aus dem Kapitalismus herausführen.

Hellmut Rauschenplat.

(Abgeschlossen Mitte März 1932.)

39

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

Die Zeitung für den
freigewerkschaftlich und
sozialistisch-politisch
Tätigen!

Preis RM 2.— ausschl. Zustellgebühr.
Probenummern auf Wunsch kostenlos!

Bestellungen erbeten durch die Post oder an die

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H.
Berlin S 14, Inselstraße 8a.

Postscheckkonto: Berlin 80460.

Druck: A. Janiszewski G. m. b. H., Berlin SO 36.

ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Für die praktische Gewerkschaftsarbeit

empfehlen wir die folgenden, im „ISK" veröffentl. Aufsätze:

WILLI EICHLER: Stärkt die freie Gewerkschaftsbewegung!
Die gewerkschaftliche Macht der Arbeiterklasse. — Wirtschaftsdemokratie. — Wie schafft man die sozialistische Einheit und freigewerkschaftliche Aktivität.

FRITZ GROB: Gegen Fraktionsarbeit in Gewerkschaften.

KARL HINKEL: Das laufende Band.
Die Rationalisierung der Betriebe und Arbeitslosigkeit.

MASCHA OETTLI: Ein Ausweg aus der Wirtschaftskrise.
Zum Kampf um die Erhaltung der Reallöhne.

HELLMUT RAUSCHENPLAT: Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit.
Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

KURT REGELER: Arbeitslosigkeit und sozialistische Siedlungspolitik.

HERBERT REINEMANN: Die Lehren früherer Krisen für die jetzige Wirtschaftskrise.
Die Umstellung der Wirtschaft. — Stabilisierung statt Subventionierung.

FRITZ SCHMALZ: Das Ende des Schlichtungswesens.

Einzelheft 20 Pf. — Die deutsche Ausgabe des „ISK" erscheint monatlich und kostet 20 Pf. einschließlich Porto

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H.
Berlin S 14, Inselstraße 8a
Postscheckkonto: Berlin 80460